

DER HAUPTSTADTBRIEF

DIE HINTERGRUND-SEITEN IN DER Berliner Morgenpost

Die Zentralbank macht, was sie will

Die permanente Selbstermächtigung der EZB kennt keine Grenzen. Das Bundesverfassungsgericht sollte die Herausforderung annehmen.

Seite 3



Bargeld ist eine Bastion der Freiheit

Verteidigen wir das Bargeld gegen den Trend zum elektronischen Geld; denn ohne Bares sind wir rundum überwachbare und manipulierbare Bürger.

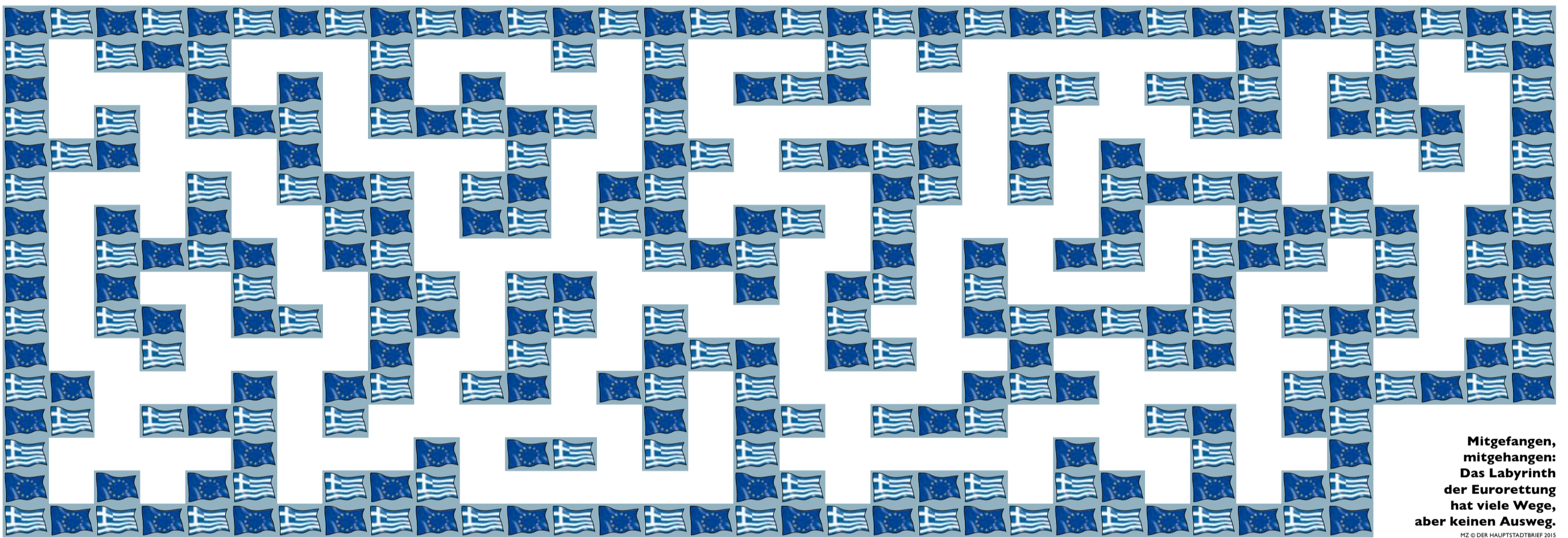
Seite 4



Symbol der Berliner Freiheiten

Heute steht das Brandenburger Tor weit offen und zeigt tagtäglich, dass West-Europa und Ost-Europa wieder zueinanderfinden.

Seite 8



Mitgefangen, mitgehangen: Das Labyrinth der Eurorettung hat viele Wege, aber keinen Ausweg.

Im Labyrinth der Eurorettung

Das Griechenland-Drama findet kein Ende, selbst wenn die Entscheidung über seine Fortsetzung zunächst in der Hand der griechischen Wähler liegt – statt bei den Wählern der Euroländer, die es bezahlen | Von Kai Konrad

Die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und ihren europäischen Partnern wurden mehrfach mit dem Autorennen im Kinodrama „... denn sie wissen nicht, was sie tun“ (Rebel Without a Cause) verglichen. In dem Film von 1955 mit James Dean rasen die Protagonisten auf einer Straße parallel mit Vollgas auf eine Klippe zu – ein sogenanntes Hasenfußrennen: Wer zuerst aus dem fahrenden Auto springt, ist ein Feigling und hat verloren. Wenn keiner der Erste sein will, stürzen beide in den Abgrund. Beide hoffen, dass der andere zuerst einlenkt – und das Gesicht verliert.

Lassen wir einmal dahingestellt, ob die Staatsinsolvenz in Griechenland – sei es mit oder ohne Austritt aus der Eurozone – einen Abgrund darstellt oder aber ein guter Ausgangspunkt für einen Neustart mit mehr politischer Selbstverantwortung wäre. Fest steht jedenfalls: Die Verhandlungen darüber folgen einem anderen Drehbuch als der Hollywood-Klassiker. Sobald

die beiden Protagonisten von heute nämlich am vermeintlichen Ende der Straße angekommen sind, verändert sich wie von Geisterhand die Kulisse: Der Abgrund ist plötzlich einige hundert Meter in die Ferne gerückt, die



Prof. Dr. Kai A. Konrad ist Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen. Für den HAUPTSTADTBRIEF erklärt er, warum Europa der seit fünf Jahren gleichen Aufführung des Griechenland-Dramas zu Recht überdrüssig ist und welche Rolle die Europäische Zentralbank bei der künstlichen Verlängerung dieses Theaters spielt.

„deadline“ ist nach hinten verschoben. Auf den ultimativen Krisengipfel folgt der nächste. Und der nächste. Auf diese Weise hat der Griechenland-Film schon längst Überlänge.

Der Regisseur, dessen Handschrift das trägt, ist die Europäische Zentralbank (EZB). Die EZB ist dafür verantwortlich, dass der Showdown zur Serie

wird. Über die Erhöhung der Kreditlinien aus dem „Emergency Liquidity Assistance“-Programm (ELA) schafft sie der griechischen Zentralbank den erforderlichen Handlungsspielraum, der einen Zahlungsausfall verhindert. Die ELA-Kredite haben inzwischen einen Umfang von rund 90 Milliarden Euro erreicht. Sie ersetzen vor allem auch die weiter schwindenden Bankanlagen griechischer Privatanleger, die ihr Geld abziehen und in Sicherheit bringen.

ELA-Kredite sind eigentlich ein geldpolitisches Instrument. Sie sollen kurzfristige Liquiditätsengpässe überbrücken, zum Beispiel bei einer nationalen Bankenkrise. Niemand hat bei ihrer Erfindung daran gedacht, dass sie zu einem entscheidenden Mittel der Insolvenzverschleppung und Staatsschuldfinanzierung über die Notenbank werden könnten. Die EZB könnte das ELA-Programm jederzeit stoppen. Damit würde die wundersame Stra-

FORTSETZUNG AUF SEITE 5

Mit Aussitzen und Durchwursteln „isch over“!

Ein Plädoyer für Europa | Von Anja Kohl

Erklärt in Brüssel. Nun ist Griechenland zahlungsunfähig. Das griechische Volk wird am Sonntag abstimmen. Es wird eine Abstimmung über den Euro. Mehr als das. Das Referendum am 5. Juli wird nicht nur für Griechenland entscheidend sein, sondern auch für die Zukunft Europas. Fünf Jahre dauert die Eurokrise nun schon. Die wirtschaftliche Krise hat sich zu einer politischen verschärft. Es gibt Ermüdungserscheinungen, nicht nur an den nächtlichen Verhandlungstischen in Brüssel, vor allem bei den Bürgern. Sie sind ermattet von dem „Immer Krise“. Europa erscheint als unendliche Abfolge von Gipfeln ohne Lösung, als nervende Dauerwerbesendung, die keiner mehr sehen will.

Bei aller Abneigung aber bleiben die Menschen dran. Sie schauen weiter zu, nun mehr wie bei einem Unfall, unwillig, leicht geschockt, wissend, dass das Ende sie schon betreffen würde. Es sind Krisen, die über Nacht wieder aufbrechen, doch wirklich weg waren sie nie. Die Krise wird quasi zu Norm. Nach der Panarchie-Theorie ist dies eigentlich unmöglich. Derzufolge ist „Krise“ immer nur ein Übergang,

dem eine Lösung und eine Reorganisationsphase folgen. Genau diese Reorganisation aber bleibt seit fünf Jahren aus. Statt durch konstitutionelle Reformen die EU handlungsfähiger zu machen, sehen wir ein überfordertes, zerstrittenes Europa, das sich in bösen Schuldzuweisungen verirrt und zu verlieren droht.



Anja Kohl ist Journalistin und Fernsehmoderatorin bei der Börsenredaktion des Hessischen Rundfunks. In der ARD-Sendung „Börse vor acht“ beobachtet sie im Ersten regelmäßig das Geschehen an der Frankfurter Wertpapierbörse. Für den HAUPTSTADTBRIEF kommentiert sie die griechische Staatspleite und zieht Schlussfolgerungen für die EU.

Europas Union scheint nur mehr ein Zweckbündnis. Wobei das Mittel den Zweck ersetzt zu haben scheint. Statt des Zweckes – Freiheit, Demokratie, Wohlstand – ist das Mittel, das Geld selbst, zur heiligen Kuh mutiert. Nur darum geht es noch. Wer gibt es großzügig? Wer muss es zurückzahlen? Ohne Erbarmen und Kompromissbereitschaft. Genau dieses Geld aber fehlt immer auch woanders, im heimi-

schen Kindergarten, um die Erzieher ordentlich zu bezahlen, für Strafen, die nicht Schlaglochfeldern gleichen, usw.

Die Unfähigkeit der EU, sich als Ganzes neu zu organisieren, bereitet den Boden für Kleingeist, Rechthaberei und Egoismus. Einsicht wäre der erste Schritt zur Besserung: Die Krisenpolitik der letzten fünf Jahre ist faktisch gescheitert. Sie ist gescheitert, weil sie nicht funktioniert. Nicht nur die politische Krise hat sich verfestigt, auch die wirtschaftliche. Wie bei einem Eisberg lauert die existenzielle Bedrohung unter der Oberfläche. Die Schulden in Europa sind von 6500 Milliarden Euro vor der Finanzkrise auf nun fast 9000 Milliarden Euro angewachsen.

Wenn Europa keine Lösung für 320 Milliarden Euro Staatsschulden in Griechenland findet – was passiert, falls die rund 2000 Milliarden Euro Staatsschulden in Italien irgendwann virulent werden? Wegen des einseitigen Fokus aufs Sparen sind nun mehr Menschen arbeitslos. Mehr Men-

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

Mitgliedschaft bei der Berliner Volksbank – Warum sich unsere Gemeinschaft für Sie lohnt.



Katja ist seit 5 Jahren Mitglied der Berliner Volksbank. Ihr gehören 10 Anteile je 52 Euro.

- erhält für das Jahr 2014 ihren Anteil am Gewinn 15 Euro
- spart als Mitglied bei den Kontoführungsgebühren pro Jahr 24 Euro
- profitiert beim VR-Schließfach durch einen Preisvorteil von 24 Euro
- erhält beim VR-Depot Komfort einen Preisvorteil von 8 Euro

Katjas Mitgliedschaft ist uns jährlich wert: 71 Euro

- Darüber hinaus erhält sie bei Abschluss eines easyCredits* einen einmaligen Preisvorteil von 388 Euro
- Als Mitglied profitiert sie ebenfalls von besonderen Beitragskonditionen bei der R+V Versicherung AG.

* easyCredit: 15.000 Euro Wunschbedarf / 17.825,06 Euro Gesamtbedarf mit Schutzbrief, Laufzeit: 120 Monate, 9,06 % p.a. gebundener Sollzinssatz, anf. eff. Jahreszins 9,45 %, Stand: 28.05.2015



Wir machen den Weg frei.

Lassen Sie sich Ihre individuellen Mitgliedervorteile erläutern. Mehr zu den Vorteilen erfahren Sie unter 030 3063-2222



DER HAUPTSTADTKOMMENTAR

Bewährungsprobe für Europa sind die Flüchtlinge

Es geht um den Ruf der EU in der Welt | Von Ulrich Deppendorf

Wären das nicht schöne Bilder, die Bilder vom Queen-Besuch in Berlin und in Frankfurt? Seelig fühlten sich die Deutschen beim Anblick der tapferen alten Dame und ihres stets präsenten Gatten. Es wurde viel vom guten deutsch-britischen Verhältnis geschwärmt, und Elisabeth die Zweite warnte vor einer Spaltung Europas und damit vor einem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU.

So glaubten jedenfalls die Deutschen die Worte ihrer Majestät deuten zu müssen. Doch prompt kam die Richtigstellung des Buckingham Palace. So habe die Queen das nun auch wieder nicht gemeint. Der Hof wollte wohl Premier David Cameron nicht in den Rücken fallen. Der sieht Europa kritischer, will Reformen und muss ein Referendum über den Verbleib der Briten in der EU überstehen. Sein

größtes Problem: die Einwanderung. Beinhart wehrt sich der Premier gegen die oder gegen eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen nach dem Motto: Bitte überall woandershin mit ihnen, am besten nach Italien, aber bitte nicht zu mir ins Land.

Neben der Griechenlandkrise ist die Flüchtlingsproblematik die zweite große Herausforderung für den Zusammenhalt und den Ruf Europas in der Welt. Vielleicht sogar die noch größere, denn hier ist Solidarität aller EU-Staaten erforderlich. Solidarität ist bitter nötig, denn die Flüchtlingsströme aus Afrika, aus Syrien und Libyen werden nicht abreißen. Zumindest nicht so schnell. Es ist beschämend für die EU, dass sich die Regierungschefs auf dem letzten Gipfel Ende Juni nicht auf eine Flüchtlingsquote verständigt haben. 28 Staaten konnten sich nicht einigen, wie man

40 000 Flüchtlinge in den nächsten zwei Jahren verteilt.

Die Europäische Union ist dabei, nicht nur mit der Griechenlandkrise ihren bisherigen Ruf der finanziellen Solidität zu verlieren, sondern nun auch mit der Behandlung der Flüchtlinge ihren humanitären Ruf in der Welt dauerhaft zu beschädigen. Zu lange hat man die Probleme nicht sehen wollen, bis heute hat man es versäumt, für die Flüchtlinge legale Zugangswege nach Europa zu schaffen. Nur Abwehr, nur Rettung aus dem Mittelmeer, nur Zerstören von Schlepperbooten – all das wird nicht mehr reichen, den Flüchtlingsstrom aufzuhalten.

Es ist richtig, wenn sich Außenminister Steinmeier bemüht, in Libyen zwischen den rivalisierenden Regierungen zu vermitteln, zu helfen, wieder einigermaßen funktionierende staatliche Strukturen in diesem Chaos aufzubauen und so die Schlepperbanden zu bekämpfen, die Flüchtlingsströme einzudämmen. Der Westen, die EU, sie müssen noch mehr Verantwortung in der Region übernehmen, denn letztlich ist die Situation in den Ländern Irak, Syrien und Libyen das Ergebnis einer verfehlten Irak-Politik der Amerika-



Ulrich Deppendorf ist Journalist und Fernsehmoderator und war bis April 2015 Studiolenker und Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio. Für den HAUPTSTADTBRIEF kommentiert er den Umgang mit Flüchtlingen, die aus Afrika und dem Nahen Osten übers Mittelmeer in die EU wollen. FOTO: ARD

ner, und den arabischen Frühling haben die Europäer, auch deutsche Bundesregierungen, falsch eingeschätzt.

Hier in Deutschland brennen wieder Flüchtlingsheime, rechtsradikale Fanatiker zündeln, Parolen gegen Ausländer sind an der Tagesordnung, unterstützt von zweifelhaften Bewegungen wie Pegida und Teilen der AfD. Auch hier haben die politischen Verantwortlichen zu spät reagiert. Das fängt beim Asylrecht an und hört bei der Mitnahme der Bürger bei der Errichtung oder Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften auf.

Dabei zeigen Umfragen, dass die Deutschen mit Mehrheit die Flüchtlinge willkommen heißen wollen, die Hilfsbereitschaft sei groß, berichten Experten und Mitarbeiter vor Ort. Das heißt doch nur: Die politischen Entschei-

dungsträger in Brüssel, in Berlin und in jeder deutschen Stadt, in jedem Ort sind mehr denn je gefordert, die Flüchtlingsproblematik solidarisch zu lösen. Und wir Bürger sollten immer daran denken: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir benötigen den Zuwachs aus anderen Ländern. Er kann mit den richtigen Mitteln auch kontrolliert erfolgen.

Die jetzige Generation baut das Europa der Zukunft. Die Jungen unter uns erwarten, dass wir ihnen das gleiche friedliche und solidarische Europa übergeben, dem wir – die jetzige Generation – die bislang längste Zeit ohne große Kriege zu verdanken haben. Doch die Bedrohungen spüren wir jeden Tag, von der Ukraine-Krise angefangen, über den IS-Terror, die Folgen des gescheiterten arabischen Frühlings bis eben zur Flüchtlingskatastrophe.

Das Mittelmeer darf nicht länger ein Leichenmeer bleiben. Dazu bedarf es der Solidarität aller Staaten, ihrer Lenker und ihrer Bürger. Noch ist es nicht zu spät für eine Umkehr im Denken und ein Verhindern der Spaltung Europas, gerade in der Flüchtlingsfrage. Die alte Dame aus dem Buckingham Palace wollte uns das bei ihrem Besuch vielleicht mit auf den Weg geben. Bravo, Your Majesty! ♦

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Mit Aussitzen und Durchwursteln „isch over“!

schen haben weniger als zuvor. Für sie erscheint Europa nur noch als Gebilde zum Profit von wenigen, die von Privilegien profitieren, nur ihre Partikularinteressen durchboxen. Extreme politische Parteien versuchen, aus diesem Unmut ihr politisches Kapital zu schlagen.

In vielen Ländern regiert die Perspektivlosigkeit. Während sich viele deutsche Studenten aussuchen können, wo in Europa sie gerne studieren möchten, ihr finanzieller Hintergrund dies in aller Regel erlaubt, drängen zur gleichen Zeit mittellose spanische Studenten in die deutsche Hauptstadt, um das Jahrzehnt ihrer Jugend nicht zu verlieren. Wenn schon „verlorene Jahre“, dann fühlen diese sich in Berlin immer noch besser an als in Madrid.

Das alles zeigt: Europa zerbricht nicht auf einen Schlag, es ist dabei zu zerbröseln. Das daraus resultierende Ultimatum läuft – mit Aussitzen und Durchwursteln „isch over“! Wir brauchen jetzt Politiker mit einer Vision für Europa, abseits des Geldes. Die Menschen werden die Fragen nach ihrer Zukunft drängend stellen. Allen voran die Briten, die nächstes Jahr abstimmen, ob sie in diesem Gebilde Europas bleiben wollen. Politiker können „Griechenland“ als Sündenbock in die Ecke stellen. Das Unerledigte aber wird bleiben.

In der Welt lauern für Europa ganz andere Bedrohungen wie der IS und ein sich anbahnender neuer Kalter Krieg. Es war stets die Verzweiflung, die in der Geschichte Währungsunionen zerstört hat. John Maynard Keynes hat vor fast hundert Jahren – nach dem Versailler Vertrag – vorausgesehen, wie schwierig es für die Deutschen werden wird, einen Großteil dessen, was sie erarbeiten, für Reparationen abtreten zu müssen. Er sah die gärende Unzufriedenheit, die daraus entstehen würde, plädierte damals dafür, die Schuldenlast Deutschlands zu verringern. Er wurde nicht erhört. Was mit dem Zweiten Weltkrieg folgte, wissen wir.

Nur darauf zu verweisen, dass die rentenverwöhnten Griechen einen Schuldenerlass nicht verdienen, bringt uns nicht weiter. Hatte Deutschland einen Marshallplan verdient? Einen Schuldenerlass 1953? Wenn wir uns ideologisch verirren, dann verlieren wir Europa. ♦

Die Tragik Griechenlands – es verlieren beide, Retter und Gerettete

Der Weg aus der Krise führt über Sparsamkeit. Die baltischen Länder haben es vorgemacht. In Griechenland sehen wir das Ergebnis einer Lose-lose-Strategie | Von Philipp Bagus

Beim Thema der staatlichen Sparsamkeit – auch Austerität genannt – scheiden sich die Geister. Es lassen sich zwei gegensätzliche Positionen ausmachen. Auf der einen Seite steht die deutsche Bundesregierung. Sie hält Austerität für richtig und notwendig. Damit die südeuropäischen Staaten Austerität implementieren, ist die Bundesregierung bereit, ihre eigenen Steuerzahler und Sparer stark zu belasten, und setzt dabei sogar das Volksvermögen aufs Spiel. So erhalten die Südstaaten von Deutschland garantierte Kredite. Auch der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die die europäischen Sparer schleichend enteignet, setzt die Bundesregierung wenig entgegen.



Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Der Geld- und Konjunkturtheoretiker legte 2011 seine grundlegende Studie Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst vor. Für den HAUPTSTADTBRIEF vergleicht er die erfolgreiche Austeritätspolitik im Baltikum mit deren Scheitern in Griechenland. FOTO: LUDWIG VON MISES INSTITUTE

Die günstige Finanzierung der Defizite der Südstaaten soll die erwarteten negativen Effekte der Austerität abfedern. Im Gegenzug für diese politische Unterstützung verpflichten sich die Südstaaten zu Strukturformen und Sparsamkeit. Dank Eurodisziplin kommen nach dieser Auffassung die Südstaaten endlich zur Vernunft, was letztlich auch Deutschland zugutekäme. Die Eurozone bleibt zusammen und stabil. Aus Berliner Sicht beinhaltet die Strategie „Unterstützung gegen Reformen und Austerität“ eine Win-win-Situation. Sowohl die Retter als auch die Geretteten profitieren.

Auf der anderen Seite der Austeritätsinterpretation findet sich die griechische Regierung. Athen, ideologisch unterstützt von keynesianischen Ökonomen, erachtet die durch den Euro aufgezwungene Austeritätspolitik als einen schweren Fehler, der zu einem Rückgang der aggregierten Nachfrage, einer immensen hohen Arbeitslosigkeit und einer Verschärfung der Krise geführt hat. Die Dauer der Krise sei eine direkte Folge der verfehlten Austeritätspolitik, eine Erhöhung der Staatsausgaben die dringend benötigte Abhilfe.

Wer hat nun Recht? Ist staatliche Sparsamkeit die geeignete Antwort auf

eine Krise oder verschlimmert sie die Situation?

In einem künstlichen durch expansive Geldpolitik erzeugten Boom, wie wir ihn in den 2000er-Jahren erleben, kommt es zu Fehlinvestitionen. Knappe Ressourcen der Gesellschaft werden nicht dort verwendet, wo sie aus Sicht der Konsumenten und ihrer dringendsten Bedürfnisse sein sollten. In einigen Ländern wie Spanien und Irland erlebte vor allem der Immobiliensektor eine Überexpansion, in anderen überdehnte sich besonders der Staatssektor wie in Griechenland. Vielmals gingen Bau- und Staatsblase auch Hand in Hand.

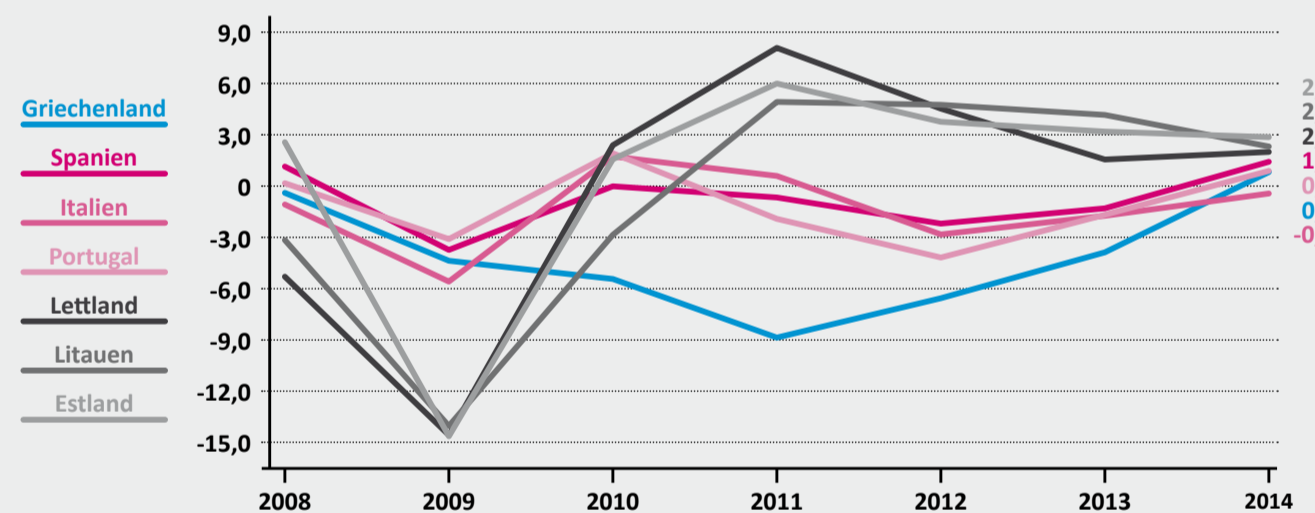
Wer kann nun am besten und schnellsten die verzerrte Produktionsstruktur an die Konsumentenbedürfnisse anpassen? Die Unternehmer. Sie konkurrieren darum, den Konsumenten die besten Produkte zu den günstigsten Preisen anzubieten. Es ist gerade ihre Aufgabe, die knappen Ressourcen der Gesellschaft für die dringendsten Konsumentenbedürfnisse einzusetzen. Für dieses Unterfangen benötigen die Unternehmer jedoch Freiheiten und Ressourcen.

Um die Krise rasch zu überwinden, sollten Staaten daher alle künstlichen Hindernisse für die menschliche Kooperation so weit es geht beseitigen und beispielsweise die Arbeitsmärkte liberalisieren. Außerdem sollten die Staatsausgaben verringert werden. Denn alles, was der Staat ausgibt, nimmt er zunächst der Zivilgesellschaft ab. Der Staat schafft keine neuen Ressourcen. Die vom Staat verwendeten Ressourcen stehen logischerweise nicht mehr in der Zivilgesellschaft zur Verfügung, um Unternehmen zu gründen, Investitionen zu tätigen und somit die Produktionsstruktur den Bedürfnissen der Menschen anzupassen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Staatsausgaben oftmals die überkommene Blasenwirtschaft subventionieren und Anpassungen systematisch sabotieren. Wenn beispielsweise Staaten in der Krise mit überflüssigen Infrastrukturprojekten die überdehnte Bauwirtschaft subventionieren, dann verlangsamt sich die notwendige Verschlingung des Bausektors. Weniger Ressourcen stehen zur Korrektur der Fehler und zur Wohlstandsbeschaffung bereit. Das beste Konjunkturprogramm besteht mithin in einer Reduzierung der Staatsausgaben kombiniert

Wirtschaftswachstum: Das Baltikum boomt

In Prozent bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

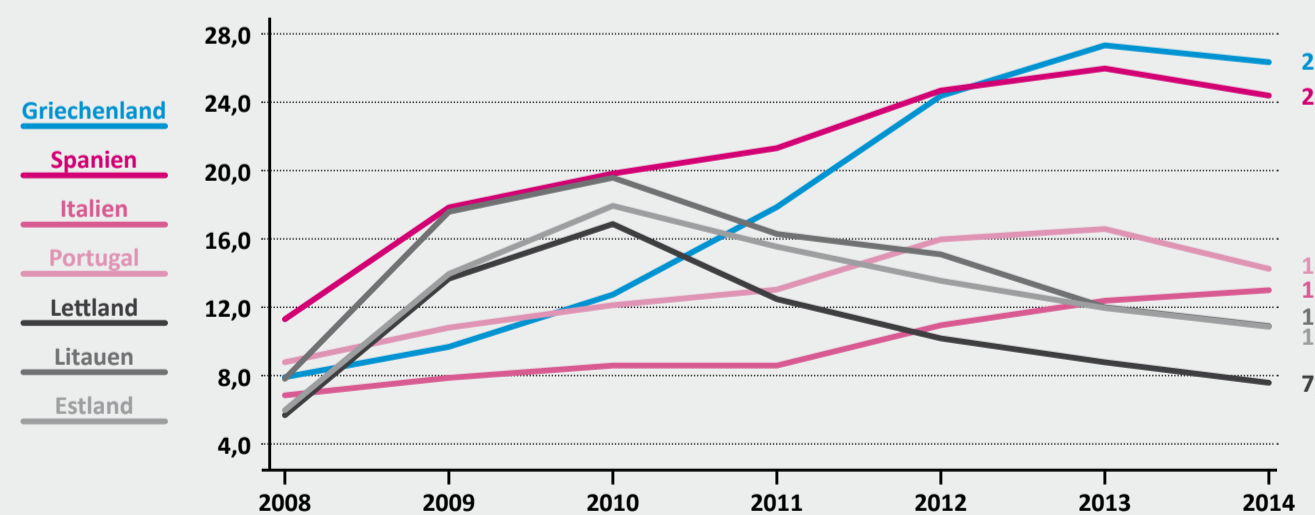


Das BIP fiel in den Südstaaten bis 2010 zwar weniger stark als in den Balten. Die Streckung der Anpassung bedeutete jedoch auch, dass sie bis auf den heutigen Tag andauert. Als die Balten 2011 schon wieder kräftig wuchsen, steckten die Südländer aufgrund der fehlenden Sparsamkeit noch in tiefer Rezession.

QUELLE: AMECO | INFOGRAFIKEN: HZ & DER HAUPTSTADTBRIEF 2015

Arbeitslosigkeit: Griechenland noch vor Spanien

In Prozent der Erwerbstätigen



Ohne beherzte Austerität und gründliche Strukturformen stagnierte die Arbeitslosigkeit in den Südstaaten auf hohem Niveau. Und wieder sind die Balten im grünen Bereich. Von 2008-2010, als dort viele Blasenunternehmen liquidiert wurden, sprang die Arbeitslosigkeit in die Höhe, bis 2014 ging sie dann rasch zurück.

mit einer Beseitigung von Kooperationshindernissen.

Aber genau das, Austerität und Strukturformen, hat doch nicht funktioniert, so tönt es aus Athen. Schauen wir uns die Auswirkungen der Sparsamkeit im Detail an. Wir vergleichen die Entwicklung der Staaten Südeuropas mit den baltischen Staaten, die 2008 der Eurozone gar nicht angehörten (Estland trat 2011, Lettland 2014 und Litauen 2015 bei). Den Balten wurde die Sparsamkeit also nicht von außen aufgezwungen. Sie werteten

ihre Währungen auch nicht ab. Die baltischen Regierungen verschrieben sich der Sparsamkeit aus eigener Einsicht. Sie konnten 2008 zudem nicht darauf spekulieren, dass Deutschland und andere Eurostaaten sie bei einer Überschuldung retten würden.

Wie in Teilen Südeuropas hatte es in den Balten einen Immobilienboom gegeben. Als die Krise ausbrach, antworteten die baltischen Staaten mit Strukturformen. Vor allem bei den Staatsausgaben reagierten die Balten drastisch. Estland reduzierte seine

Ausgaben von 2008-2010 um knapp 5 Prozent, Litauen um über 9 Prozent und Lettland sogar um über 12 Prozent. Als direkte Folge dieser Sparsamkeit und der darauffolgenden Anpassungsrezession fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2010 in Litauen um 11 Prozent, in Estland um 17 Prozent und in Lettland um 19 Prozent.

Dieser Rückgang verwundert wenig. Denn zum einen wurden die Investi-

FORTSETZUNG AUF SEITE 5

Provokation für Karlsruhe

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) billigt das vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig gehaltene OMT-Staatsanleihenkaufprogramm der EZB | Von Dietrich Murswiek

Ende Juli 2012. Die Eurokrise erreicht einen neuen Höhepunkt. Die Furcht vor einem Bankrott der hoch überschuldeten Peripheriestaaten grassiert. Die Eurostaaten haben das zur Sicherung der Eigenverantwortlichkeit und der soliden Haushaltsführung in den Vertrag von Maastricht aufgenommene Hilfeleistungsverbot (Bail-out-Verbot) über Bord geworfen und die Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einem Kapital von 700 Milliarden Euro beschlos-

anleihen von Krisenstaaten in unbegrenztem Umfang kauft, wenn das nötig ist, um die nach Ansicht der EZB zu hohen Risikoprämien zu senken. OMTs (Outright Monetary Transactions) sind Staatsanleihenkäufe, die die EZB auf den Sekundärmärkten – also nicht direkt bei den Emittenten – durchführt.

Aber ist es Sache der EZB, „den Euro zu retten“, überschuldete Staaten vor der Insolvenz zu bewahren und für Großinvestoren, die sich in Staatsanleihen verspekuliert haben, die Kohlen aus dem Feuer zu holen? Nein – die EZB ist für Geldpolitik zuständig, also für die Wahrung der Preisstabilität, nicht hingegen für Euro-Rettungspolitik. Das nämlich ist Wirtschaftspolitik, und Wirtschaftspolitik gehört nicht zu den Kompetenzen der EZB, sondern ist Sache der Mitgliedstaaten.

Ob Hunderte von Milliarden Euro eingesetzt werden, um die Insolvenz eines Eurostaates abzuwenden oder um die Finanzierungsbedingungen eines Staates zu verbessern, kann nicht von der demokratisch nicht legitimierten EZB entschieden, sondern muss parlamentarisch verantwortet werden. Das jedenfalls ist die Auffassung Peter Gauweilers und

des EZB-Beschlusses mit dem Europäischen Unionsrecht vorgelegt.

Mit seinem Urteil vom 16. Juni 2015 weist der EuGH die rechtlichen Bedenken des Bundesverfassungsgerichts brüsk zurück. Das OMT-Programm, so der EuGH, sei uneingeschränkt mit dem Unionsrecht vereinbar. Es sei durch das geldpolitische Mandat der EZB gedeckt. Zur Begründung hierfür gibt sich der EuGH mit der Aussage der EZB zufrieden, sie wolle mit dem OMT-Programm eine „Störung im geldpolitischen Transmissionsmechanismus“ beheben. Unter „Transmissionsmechanismus“ versteht man die Wirkungskette, auf der die von der EZB gesetzten geldpolitischen Impulse (etwa die Senkung oder Erhöhung des Leitzinses) in der Realwirtschaft ankommen sollen. Wegen irrationaler Ängste der Marktteilnehmer vor einer Insolvenz der Problemstaaten, so die EZB, wirkten sich ihre geldpolitischen Maßnahmen nicht mehr hinreichend auf die Realwirtschaft der betreffenden Staaten aus. Dem solle mit dem OMT-Programm entgegengesteuert werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Argument völlig zutreffend verworfen. Insolvenzängste beruhen auf der hohen Staatsverschuldung. Sie können den Anlegern auf zweierlei Weise genommen werden: Entweder bauen die Staaten ihre Schulden ab und bringen ihre Haushalte in Ordnung, oder Dritte (die anderen Eurostaaten, der IWF oder die EZB) geben Ausfallgarantien (in Form von Bürgschaften oder Kreditausfallversicherungen) beziehungsweise stellen Finanzhilfen zur Abwendung der Insolvenz zur Verfügung. Alle hierfür in Betracht kommenden Maßnahmen haben wirtschaftspolitischen Charakter und sind nicht Geldpolitik.

Der Trick der EZB besteht nun darin, die Kreditausfallversicherung, die sie



Am 16. Juni billigt der Gerichtshof der Europäischen Union das vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig gehaltene OMT-Staatsanleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank (links) – eine Provokation für Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht sollte die Herausforderung annehmen.

schränkungen zu versehen, unterbreitete Kompromissangebot vollständig zurückweist und damit die alleinige Deutungshoheit für das EU-Recht für sich reklamiert.

Das Bundesverfassungsgericht, bei dem das Verfahren jetzt fortgesetzt wird, ist nun in einer schwierigen Situation. Es kann zwar der EZB nichts vorschreiben, aber es kann der Bundesbank untersagen, am OMT-Programm mitzuwirken, und es kann feststellen, dass die Bundesregierung verpflichtet ist, auf die Änderung und Präzisierung des für die EZB geltenden Regelwerks hinzuwirken. Stellt das Bundesverfassungsgericht sich in diesem Sinne gegen den EuGH, dann haben wir den großen Konflikt zwischen den beiden Gerichten, den das Bundesverfassungsgericht bis jetzt immer sorgfältig zu vermeiden gesucht hat.

Wenn aber das Bundesverfassungsgericht jetzt den Konflikt scheut und klein beigibt, dann setzt es sich nicht nur in Widerspruch zu seiner Entscheidung vom 14. Januar 2014. Dann kann es auch mit seinem Anspruch, Handlungen der EU-Organe auf gravierende Kompetenzüberschreitungen zu kontrollieren (eine „Ultra-vires-Kontrolle“ vorzunehmen), nicht mehr ernst genommen werden. Dann behalten diejenigen recht, die schon immer behauptet haben, in Europaangelegenheiten sei das Bundesverfassungsgericht ein Hund, der bellt, aber nicht beißt. Dringender als je zuvor aber braucht der EuGH jetzt einen standhaften Widerpart. Sonst gibt es für die permanente Selbstermächtigung der EU keine Grenzen mehr. Das Bundesverfassungsgericht sollte die Herausforderung annehmen.

Die Gutachten, Vorträge und Veröffentlichungen zur Eurokrise und die Schriftsätze unseres Autors Prof. Dietrich Murswiek zum OMT-Verfahren finden Sie auf seiner Website: www.dietrich-murswiek.de



Prof. Dr. Dietrich Murswiek ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg. Er ist Prozessvertreter von Peter Gauweiler im Verfahren gegen die EZB. Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert er das EuGH-Urteil vom 16. Juni 2015 und gibt einen Ausblick auf den Fortgang des Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht.

sen. Der soll den Marktteilnehmern Sicherheit geben, dass nicht ein Eurostaat insolvent wird und dadurch die Finanzstabilität der ganzen Eurozone ins Wanken gerät.

Dennoch fallen die Kurse für Staatsanleihen der Problemstaaten immer weiter – die Renditen klettern dementsprechend auf zweistellige Prozentsätze. Die Anleger verlangen hohe Risikoprämien. Für die Krisenstaaten wird es immer schwieriger, ihre Defizite zu finanzieren. Da tritt der große Finanzzampano auf die Bühne, Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), und erklärt, die EZB werde alles tun, um den Euro zu retten – „whatever it takes“.

Am 6. September 2012 gibt der EZB-Rat diesem Versprechen ihres Präsidenten mit seinem OMT-Beschluss förmliche Gestalt: Das OMT-Programm sieht vor, dass die EZB Staats-

Das EuGH-Urteil kommt einer kaum noch eingrenzbaren Blankoermächtigung für die EZB gleich.

der anderen Kläger, die den OMT-Beschluss mit Verfassungsbeschwerden angegriffen haben. Und mit seinem Beschluss vom 14. Januar 2014 hat das Bundesverfassungsgericht ihnen Recht gegeben – allerdings nur vorläufig, denn es hat die Sache dem EuGH zur Prüfung der Vereinbarkeit

Skepsis und Vertrauensverlust

Die Bürger sehen den Wohlstand im Land gefährdet – bewahren hinsichtlich ihrer eigenen Lage aber noch die Ruhe | Von Claudia Mast

Trotz Zinsen auf Rekordtief und Hürden bei der Altersversorgung: Die Bürger bewerten den Wohlstand in Deutschland derzeit als gut. Allerdings ist die Befürchtung verbreitet, dass es künftig abwärts gehen wird. Die Mehrheit der Deutschen (58 Prozent) macht sich Sorgen um den Wohlstand allgemein, und 83 Prozent befürchten,

dass sich die sozialen Unterschiede in Deutschland vergrößern werden. Als Folge sehen mehr als die Hälfte (56 Prozent) den Zusammenhalt und die Werte in der Gesellschaft gefährdet – so das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Universität Hohenheim und der ING-DiBa AG.

Was den persönlichen Lebensstandard betrifft, blicken indessen derzeit

79 Prozent der Bürger für sich und ihre Familie zuversichtlich in die Zukunft. 72 Prozent bezeichnen ihre Lage sogar als (sehr) gut, lediglich 9 Prozent befürchten für sich persönlich einen Abwärtstrend. Bei der Einschätzung von Wohlstandsgefährdung besteht also eine deutliche Kluft zwischen einer sorgenvollen Wahrnehmung des gesellschaftlichen Umfelds und der optimistischen Ein-

schätzung des eigenen Lebensstandards. Die sogenannte gefühlte Betroffenheit bleibt hinter den gesellschaftlichen Entwicklungen zurück – man neigt dazu, Unangenehmes möglichst auszublenden, und die gängige politische Rhetorik unterstützt diese Haltung.

Das Thema birgt jedoch Sprengstoff. Nur eine Minderheit (16 Prozent) ist der Meinung, dass die Verantwortlichen in Deutschland die Wohlstandsgefährdung im Griff haben. Die Zuständigen in der Politik verlieren an Glaubwürdigkeit – und zwar absteigend von der Kommunalpolitik (52 Prozent) über die Landespolitik (44 Prozent) zur Bundespolitik (38 Prozent). Die Glaubwürdig-



Professorin Dr. Claudia Mast leitet das Fachgebiet Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim in Stuttgart. Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert sie die Ergebnisse der von ihr im ersten Halbjahr 2015 geleiteten Gemeinschaftsstudie der Universität Hohenheim und der Direktbank ING-DiBa AG zur Einschätzung von derzeitigem Wohlstand und künftigen Wohlstandsrisiken in Deutschland.

keit der Unternehmen in Sachen Wohlstandsgefährdung liegt bei 35 Prozent. Auch wenn ein Teil der befragten Bürger mögliche Risiken für die

eigene Lebenssituation zu niedrig einschätzen mag – ihre Skepsis im Hinblick auf die Wohlstandsgefahren in der Gesellschaft allgemein und deren negative Folgen schlägt sich deutlich in den Umfrageergebnissen nieder. Das verbreitete Bekunden von Zufriedenheit über die eigene Situation ist als trügerisch zu werten. Sobald in einer Familie das Geld für Urlaub oder Altersvorsorge nicht mehr reicht, kann sich die Einschätzung des persönlichen Lebensstandards markant verändern – wer gesund ist, kann Nachrichten über Krankheiten gelassener zur Kenntnis nehmen als jemand, der selbst erste Anzeichen einer Erkrankung spürt.

porta!
möbel & mehr

Einkaufen im vollklimatisierten Einrichtungshaus

möbel & mehr:
heißt:
• QUALITÄTSMARKEN
• STARKE FACHABTEILUNGEN
• RIESIGE AUSWAHL
• KOMPETENTE BERATUNG
• ECHTE PREISVORTEILE
• SUPER SERVICE

möbel & mehr:
heißt:
• TOSCANA RESTAURANT
• SEGAFREDO KAFFEEBAR
• PORTALINO KINDERCLUB

Alles außer gewöhnlich!
✓ Sichereres und bequemes Einkäufen
✓ Barrierearme Zugänge
✓ Mögliche Gefahrenstellen sind ausreichend markiert
✓ Breite und nicht verstellte Gänge
✓ Sitzgelegenheiten zum Ausruhen
✓ Qualitativ hochwertige Beratung und Ausschilderung
✓ Optisch gut lesbare Preise und Auszeichnungen

porta möbel – Ihr Erlebniseinrichtungshaus

porta möbel gehört zu den größten Einrichtungsunternehmen Deutschlands. Groß sind wir aber nicht nur im Möbelbereich, denn porta steht für Qualität, Service, Familienfreundlichkeit und Kundennähe. Mit einer großen Auswahl an Möbeln und Wohnaccessoires haben wir ein breitgefächertes Angebot für die individuelle Einrichtung Ihrer vier Wände. Unsere Fachberaterinnen und -berater stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite und gern übernehmen wir auch die Lieferung und Montage Ihrer neuen Möbel.

Im porta-Kinderclub laden wir Ihre Kinder auf unseren Abenteuerspielplatz ein, um hier unter professioneller Betreuung nach Lust und Laune zu toben. Genießen Sie Ihr Einkaufserlebnis mit italienischen Kaffeespezialitäten oder leckeren Gerichten aus unserem Toscana-Restaurant.

Das porta-Team in Potsdam freut sich auf Ihren Besuch!

Mit der Barzahlung hält eine Bastion der Freiheit

Es gilt, das Bargeld gegen den Trend zum elektronischen Geld zu verteidigen; denn ohne Bares sind wir überwachbare und manipulierbare Bürger

Von Roland Tichy

Der Discounter Aldi Nord ermöglicht neuerdings an den Kassen seiner 2400 Filialen das Bezahlen per Handy – kontaktlos, mit Nahfunktechnologie. Auch der Konkurrent Netto plant in diese Richtung und will das Bezahlen mit der digitalen Uhr von Apple anbieten. Bargeld braucht man beim Einkauf dann nur noch in Form der Münze für den Einkaufswagen. Verschwindet das Bargeld? Es sieht beinahe so aus.

Tatsache ist aber auch: Die Bürger horten immer mehr Bares. Besonders begehrt ist die 1000-Franken-Note in der Schweiz. Im Euroraum werden zunehmend 500- und 100-Euro-Scheine bei den Banken abgehoben. Wir sind damit Zeugen eines stillen Krieges um das Bargeld. Selbst die Bundesbank spricht von einem „War on Cash“. Dabei ist die Rechtslage eindeutig: Nur Geldscheine, die auf Euro lauten, sind vollwertiges Geld, unser gesetzliches Zahlungsmittel, so das Bundesbankgesetz in seinem oft vergessenen Paragraph 14. Alles andere ist nur Ersatz. Daher kann jeder die Annahme von Kreditkarte, Überweisung, Scheck ablehnen – nur Bargeld nicht. Alles außer Geldscheinen ist Substitut, geduldetes Ersatz.

Wie steht es also tatsächlich um das Bargeld? Ein Praxistest des Autors zeigt: Es stirbt leise. Nicht einmal der Staat nimmt es noch an. Ein Anruf beim Finanzamt in Bonn, man wolle seine Steuern bar bezahlen, sorgt dort für Verwirrung. Dergleichen hat der Pförtner noch nie gehört, er verbindet weiter, dort verbindet man erneut weiter und so fort. Schließlich die Auskunft: Bar geht nichts – außer in Köln, bei einer Filiale der Deutschen Bundesbank, 35 Kilometer entfernt. Ich spreche bei einer Großbank in Frank-

Wer öfter ein paar Tausend Euro ohne Begründung abhebt, wird inzwischen angezeigt: Verdacht der Geldwäsche.

furt vor und will von meinem Konto 10 000 Euro abheben. Fehlanzeige: nur mit Anmeldung, frühestens morgen – und den Pass nicht vergessen! Ich werde behandelt wie ein potentieller Drogen- und Menschenhändler.

Das ist keine Übertreibung: Wer öfter ein paar Tausend Euro ohne Begründung abhebt, wird inzwischen angezeigt: Verdacht der Geldwäsche. Ausgenommen sind nur nachvollziehbare Geschäftsmodelle, die (noch) Bargeld erfordern – Restaurants, Marktstände, Einzelhandel. In anderen Fällen gilt ein prinzipieller Verdacht. Auch niedrigere Barbeträge werden von den emsigen Überwachungscomputern zu größeren Beträgen zusammengefasst und analysiert, mit anderen Daten abgeglichen. Aber tausende, die Bargeld vorziehen und noch an den Paragraphen 14 glauben, landen im Visier von Zoll und Finanzämtern.

**Bare Münze – nicht umsonst
Synonym für etwas Reelles.**

FOTO: FOTOLIA/ELECTRICEYE

Wie immer im deutschen Verwaltungsapparat, kommt es zu Exzessen der Lächerlichkeit, wie folgender Vorfall zeigt: Ein Schüler sammelt rund 1000 Euro für eine Klassenfahrt und zahlt den Betrag auf einem Konto ein, Verwendungszweck: Sex und Drogen, ein Schülerscherz. Doch die roten Alarmleuchten gehen an, die Staatsgewalt bemächtigt sich des Schülers. Hier entwickelt sich eine Kriminalisierungsstrategie, die längst den privaten



Roland Tichy ist Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. Der studierte Volkswirt war Chefredakteur des Magazins *Wirtschaftswoche*. Heute widmet er sich als Publizist seiner viel beachteten Internetseite *Tichys Einblick*. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum der aktuelle Trend weg vom Bargeld ein Trend hin zur Freiheitseinbuße für den Bürger ist. FOTO: HIKEROST

Bereich erfasst hat. Wer etwa Bargeld über eine Grenze mitnimmt, macht sich unmittelbar verdächtig.

Die angewandte Verdachtsgrenze liegt dabei weit unter der offiziellen Erlaubnisgrenze von 10 000 Euro. Wenige Tausender bar in der Handtasche – und zuerst prüft der Zoll, dann kommt die Hausdurchsuchung. Bargeld steht offenbar mittlerweile ganz oben auf der Verdachtsliste. Es muss gar nicht erst abgeschafft werden – es stirbt einen leisen Tod. In Dänemark soll bereits keines mehr gedruckt werden. In Frankreich darf ab Sommer nur noch bis 1000 Euro bar bezahlt werden. Die 500-Euro-Scheine sollen ganz verschwinden.

Das Bargeld hat viele, die ihm übel wollen. Der Staat entwickelt sich zum Feind des Bargelds, große Händler sind es schon: Sie lieben unser Geld, aber sie hassen Bargeld. Es macht Mühe, es muss bewacht, gezählt und zur Bank geliefert werden. Sprich: Bargeld kostet den Handel Geld. Deshalb wird Cash soeben wegrationalisiert. Die Banken rechnen sich aus: kein Bargeld = kein Bankraub. Geldautomaten zu betreiben, ist ihnen auch zu teuer. Und: In einer Welt ohne Bargeld sind alle total abhängig von einer Bank, die jederzeit Kreditkarten sperren könnte. Damit nähmen die Banken eine Rolle ein, in der sie unverzichtbar, unangreifbar und letztlich unbelangbar sind, weil ohne sie alles wirtschaftliche Leben zum Erliegen käme. Und vom großen Apple bis zum findigen Berliner Startup reiben sich auch Online-Unternehmen die Hände, wenn sie an den Tod des Bargelds denken. Auch sie werden verdienen, wenn weit mehr als jetzt elektronisch bezahlt, abgebucht und umgebucht wird.

Der mächtigste Feind des Bargelds aber ist die Wirtschafts- und Währungspolitik. Unter dem Druck der Eurokrise betreibt die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihren geldpolitischen Instrumenten eine Politik, die die Finanzierung der Staatsdefizite ermöglichen, die Arbeitslosigkeit reduzieren und das Wirtschaftswachstum beschleunigen soll. Ihre Instrumente sind im Wesentlichen die Zinsen, die sie in begrenztem Maße steuern kann.

Deshalb hat die EZB eine Niedrigzinsstrategie durchgesetzt, die jeder Sparer und jeder Lebensversicherte leidvoll erfährt. Nur mit Niedrigzinsen können sich die hochverschuldeten Pleiteländer wie Griechenland noch über Wasser halten.

Wenn die Guthaben von Bürgern und Unternehmen auf den Konten der Banken jeden Tag entwertet, weil nicht mehr verzinst werden, wächst die Bereitschaft, das Geld stattdessen auszugeben. Wenn alle morgen in die Kaufhäuser rennen und schwer bepackt wieder herauskommen, springt endlich die Wirtschaft in Europa an, so die Hoffnung. Die Nullzins-Politik ist also auch als eine Art Konsumzwang der EZB zu lesen.

Das geht aber nur, wenn es kein nennenswertes Bargeld mehr gibt. Denn Bargeld ist von dieser Art von Besteuerung geschützt. Man kann es verstecken. Würde man etwa sogar Negativzinsen in Betracht ziehen, könnte die Existenz von Bargeld eine Währungskrise auslösen: Die Leute würden versuchen, noch schnell ihr Geldvermögen durch Abheben von Barem zu retten. Ein Run auf die Banken und ein möglicher Zusammenbruch des Ban-

Hier entwickelt sich eine Kriminalisierungsstrategie, die längst den privaten Bereich erfasst hat.

kensystems könnten die Folgen sein. Nur wenn es kein Bargeld mehr gibt, kann die Konsummanipulation durch die Zentralbank erfolgreich funktionieren. Wir sollen zu manipulierbaren Konsumenten programmiert werden. Privates Sparen soll sich dem kurzfristigen Manipulationskalkül des Staates unterwerfen.

Bargeld ist also eine Bastion der Freiheit. Es geht beim Pro und Kontra Bargeld nicht nur um Zweckmäßigkeitsfragen. Ohne Bargeld werden wir zu gänzlich durchschaubaren, gläsernen, manipulierbaren Bürgern. Die Umstellung auf elektronisches Geld würde die letzten Schranken vor der umfassenden Kontrolle einreißen. Was immer wir tun: Kreditkarten und EC-Karten hinterlassen die Spur des Geldes und damit die Spuren unserer Lebenswege. Es geht hier um die Freiheit des mündigen Bürgers – vor der Gängelung durch einen sich in seiner Fürsorgemanie allmächtig wählenden Staat, vor totaler Kontrolle und allgegenwärtiger Manipulation. ♦

Zum Weiterlesen empfiehlt sich das soeben erschienene Buch „Bargeldverbot. Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen“ von Ulrich Horstmann und Gerald Mann. FinanzBuch Verlag, München 2015. 122 Seiten, 6,99 Euro.

Texte unseres Autors Roland Tichy sowie Gastbeiträge weiterer Autoren gibt es täglich frisch auf seiner Website *Tichys Einblick* – Die liberal-konservative Meinungssseite: rolandtichy.de

Bargeld ist beliebtes Zahlungsmittel und sollte es auch bleiben

Die geldpolitische Diskussion um die Existenzberechtigung des Bargelds geht am Problem vorbei – Strukturprobleme lassen sich so nicht lösen

Von Jens Weidmann

Das Internet, soziale Netzwerke und Smartphones prägen heute die Kommunikation, und es bleibt nicht aus, dass die rasante Entwicklung der Kommunikationstechnologie auch zahlreiche Abläufe in Wirtschaft und Gesellschaft erheblich verändert hat. Diese Entwicklung hat sich bislang jedoch kaum im deutschen Zahlungsverhalten niedergeschlagen. Doch in jüngerer Zeit wachsen Zahlungsverkehr und mobile Endgeräte stärker zusammen. So ermöglichen zum Beispiel leistungsfähigere Mobiltelefone inzwischen das kontaktlose Bezahlen, wo der Einzelhandel die entsprechenden Bezahlterminals bereitstellt. Für die regulatorische Begleitung solcher neuer Bezahlformen ist es wichtig, das notwendige Maß an Sicherheit zu gewährleisten, ohne den Wettbewerb und die Innovationskraft im Zahlungsverkehr zu unterdrücken.

Mancher fragt sich inzwischen, ob das Bargeld in den nächsten Jahren aus unserem Alltag verdrängt wird. Dies ist aus meiner Sicht auf absehbare Zeit kein realistisches Szenario, unter anderem deshalb nicht, weil sich das Bargeld als Zahlungsmittel weiterhin großer Beliebtheit erfreut. Ungeachtet dessen wurde jedoch in den vergangenen Wochen eine noch weitergehende Idee kontrovers diskutiert, nämlich der Vorschlag, das Bargeld von Staats wegen abzuschaffen. Von der Idee einer komplett bargeldlosen Gesellschaft, in der Zahlungen nur noch auf unbarem Weg abgewickelt werden können, versprechen sich die

Dass das Bargeld in den nächsten Jahren aus unserem Alltag verdrängt wird, ist kein realistisches Szenario.

Befürworter unter anderem ein wirkungsvolleres Unterbinden illegaler Aktivitäten im Bereich von Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung und Drogenhandel. Dieses Argument ist letztlich nicht ganz neu, jedoch ging es hier lange Zeit vornehmlich um große Banknotenstückelungen und nicht um das Bargeld als solches.

Ein weiteres Argument contra Bargeld zielt auf die Geldpolitik ab. Die Abschaffung des Bargeldes könne helfen – so die Befürworter –, die sogenannte Null-

zinsgrenze zu überwinden. Ohne Bargeld könnten die Notenbanken nämlich den Geschäftsbanken – und in der Folge auch die Geschäftsbanken ihren Kunden – für deren Guthaben Zinsen abverlangen. Die Kaufkraft der Geldbestände würde also nicht nur durch Inflation abnehmen können, sondern



Dr. Jens Weidmann ist Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitglied des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB), dem die Mitglieder des Direktoriums der EZB und die Präsidenten der nationalen Zentralbanken angehören. Anlässlich des Zahlungsverkehrssymposiums der Deutschen Bundesbank am 15. Juni 2015 sprach er unter anderem über den digitalen Strukturwandel und die Diskussion um die Abschaffung des Bargelds. DER HAUPTSTADTBRIEF dokumentiert diesen Teil seiner Rede im Auszug. FOTO: EUROPEAN CENTRAL BANK

auch durch negative Zinsen. Das wiederum würde helfen, die Geldhaltung unattraktiv zu machen und stattdessen Konsum und Investitionen fördern. Und nur die Abschaffung des Bargelds könne verhindern, dass Unternehmen und private Haushalte ihr Geld dann eben unter dem sprichwörtlichen Kopfkissen lagern, um den negativen Zinsen zu entgehen.

Ich halte diese Überlegungen im Kern für eine fehlgeleitete Diskussion. Zum einen gilt es, sich bewusst zu machen, dass die sogenannte Nullzinsgrenze keine scharfe, exakt quantifizierbare Zinsuntergrenze genau auf der Höhe der Nulllinie darstellt. Vielmehr handelt es sich eher um eine gewisse Bandbreite im Minuszinsbereich. Wann genau und bei welchem Negativzins es zu umfangreichen Ausweichreaktionen in Richtung Bargeldhaltung kommen würde, weiß wohl niemand vorherzusagen. Auch ein moderater Minuszins dürfte wohl nicht zu einer „Flucht ins Bargeld“ führen.

Zudem geht die Diskussion um Minuszinsen und die Existenzberechtigung des Bargelds meines Erachtens am eigentlichen Problem vorbei. Denn warum ist der Leitzins in vielen Ländern der Welt derzeit so niedrig und die Geldpolitik entsprechend expan-

siv ausgerichtet? Der Grund liegt in der Kombination aus verhaltenen Wachstumsaussichten und einem auf absehbare Zeit gedämpften Inflationsdruck – dies hat letztlich zu einer sehr lockeren Geldpolitik geführt. Folglich sind die ausgesprochen niedrigen Leitzins- und Kapitalmarktzinsen auch als eine Reaktion auf ökonomische Rahmenbedingungen anzusehen, selbst wenn sich über die Sinnhaftigkeit der konkreten geldpolitischen Maßnahmen im Einzelfall natürlich streiten lässt. Mit anderen Worten: Das Niedrigzinsniveau ist ein Symptom, das auf tiefer liegende Ursachen zurückzuführen ist – und diese Ursachen gilt es in den Blick zu nehmen, insbesondere die Wachstumsschwäche, nicht nur im Euroraum, sondern in vielen entwickelten Regionen der Welt.

Sie gilt es anzugehen – keine neue Aufgabe, aber eine, die immer dringlicher wird. Wir haben es dabei mit einer ganzen Reihe wachstumsbelastender Faktoren zu tun, und keine noch so expansiv ausgerichtete Geldpolitik wird diese beseitigen können.

Anstatt in kühner Gedankenakrobatik das Bargeld abschaffen zu wollen, gilt es die Wachstumsschwäche zu überwinden.

Wachstumsschwäche ist der Kern des Problems – diese Schwäche gilt es zu überwinden, anstatt in kühner Gedankenakrobatik das Bargeld abschaffen zu wollen, damit die Geldpolitik noch expansiver wirken und langfristige Strukturprobleme kurzfristig mit billigem Geld überdecken kann. Finanzielle Repression mittels Negativzinsen ausüben zu wollen, ist kein Ausweg, sondern ein Holzweg. ♦

Der vollständige Text der Rede, die Jens Weidmann beim Zahlungsverkehrssymposium 2015 der Deutschen Bank gehalten hat, ist auf der Website der Deutschen Bundesbank dokumentiert: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2015/2015_06_15_weidmann.html



FORTSETZUNG VON SEITE 2

Die Tragik Griechenlands – es verlieren beide, Retter und Gerettete

tionsfehler der Boomphase beseitigt. Die Blasen-sektoren schrumpften, was die Basis zur Gesundung legte. Zum anderen verringerte die Ausgaben-senkung zunächst auch automatisch das BIP, da Staatsausgaben positiv ins BIP einfließen.

Nach diesem harschen Rückgang beim BIP setzte jedoch eine rasante Erholung ein. Schon 2011 wuchs Estland um über 8 Prozent, Litauen über 6 Prozent und Lettland 5 Prozent. Von 2010-2014 wuchsen die drei Balten etwa gleich stark, um beeindruckende 17 Prozent. Parallel zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum entwickelte sich die Arbeitslosigkeit. Von 2008-2010, als viele Blasenunternehmen liquidiert wurden, sprang die Arbeitslosigkeit in Estland von 5,5 Prozent auf 16,7 Prozent, in Lettland von 7,7 Prozent auf 19,5 Prozent und in Litauen von 5,8 Prozent auf 17,8 Prozent. Bis 2014 ging sie dann rasch auf 7,4 Prozent, 10,8 Prozent und 10,7 Prozent zurück. Die Sparsamkeit ermöglichte auch – ohne Rückendeckung starker Europartner und Niedrigzinsen – eine Rückführung der Staatsdefizite. Schon 2012 hatten Estland und Lettland einen praktisch ausgeglichenen Haushalt, Litauen ein Defizit von 3 Prozent. Die finanzwirtschaftliche Stabilität förderte Investitionen und Wachstum.

Richten wir nun den Blick in den Süden. Sofort wird deutlich, dass die unmittelbare Antwort auf die Krise

nicht wie in den Balten Sparsamkeit war. Im Euronetzwerk und auf den Beistand der deutschen Steuerzahler bauend, erhöhten die Südländer ab 2008 ihre Staatsausgaben. Portugal erhöhte seine Ausgaben um 15 Prozent, Italien um 2,5 Prozent, und Spanien um 7,4 Prozent. Selbst Härtefall Griechenland erhöhte noch 2009 die Staatsausgaben um 5 Prozent. Erst 2010 senkte Griechenland seine Ausgaben um 3,5 Prozent. Zu spät und zu wenig, um den Staatsbankrott zu vermeiden. Erst später reduzierten die anderen Südländer ihre Ausgaben und reformierten ihre Volkswirtschaften zaghafte. Früchte dieser späten Anstrengungen sprießen allmählich in Spanien. In Griechenland, das 2014 endlich wieder wuchs, werden sie wohl von der neuen Regierung zerstört werden. In jedem Fall ging wertvolle Zeit verloren. Noch 2014 lagen die Staatsausgaben in den Südländern bis auf Griechenland höher als 2008!

Das BIP fiel in den Südstaaten bis 2010 zwar weniger stark als in den Balten. Die Streckung der Anpassung bedeutete jedoch auch, dass sie bis auf den heutigen Tag andauert. Als die Balten 2011 schon wieder kräftig wuchsen, steckten die Südländer aufgrund der fehlenden Sparsamkeit noch in tiefer Rezession, lediglich Italien stagnierte. Während die Balten wuchsen, fiel das BIP von 2010-2014 in Griechenland um 17,5 Prozent, in Spanien um 2 Prozent, in Italien um



Süden in Not: Griechenland hat erst 2014 die Staatsausgaben kräftig gesenkt, zu spät. Im Bild die Hauptstadt Athen.

FOTO: FOTOLIA/ROMAN STETSKY



Baltischer Tiger: Dank Austerität und Reformen wächst Litauen wieder deutlich. Im Bild die Hauptstadt Vilnius.

FOTO: FOTOLIA/LEONID ANDRONOV

4,2 Prozent und in Portugal um 6,4 Prozent. Auch die Arbeitslosigkeit stagnierte auf hohem Niveau. Griechenland verzeichnete 2014 26,5 Prozent Arbeitslosigkeit, Spanien 24,5 Prozent, Italien 12,7 Prozent und Portugal 14,1 Prozent.

Als in den Balten 2012 die finanzpolitische Stabilität schon gesichert war, konnte sich Griechenland dank Beistand der Euroländer ein Staatsdefizit von 8,7 Prozent des BIP leisten. Spanien fuhr ein Defizit von 10,3 Prozent, Italien 3 Prozent und Portugal 5,6 Prozent. Trotz Niedrigzinsen rissen alle Südstaaten 2014 die 3-Prozent-Defizitgrenze. Die anhaltenden Defizite verschönern noch die ohnehin miserablen Wachstumswahlen der Süd-

länder, denn die Defizite finanzieren Staatsausgaben, die das BIP künstlich erhöhen.

Bei der Einschätzung der Austerität in der Eurozone liegen mithin sowohl Berlin als auch Athen falsch. Entgegen der griechischen Auffassung verlängert die Austerität die Krise nicht. Ganz im Gegenteil: Wie die Entwicklung der baltischen Staaten illustriert, führen Sparsamkeit und Freiheiten – Austerität und Struktur-reformen im Politjargon – aus der Krise. Südeuropa setzte in den ersten Jahren der Krise auf eine keynesianische Konjunkturankurbelungspolitik. Die verspätete und zu zaghafte Sparsamkeit in den Südländern, kombiniert mit ebenfalls zu späten und zu zaghafte Struktur-

reformen, verlängerte die Krise. Während die Balten schon seit 2011 kräftig wachsen, wird erst heute und auch nur in Teilen Südeuropas die Krise allmählich überwunden.

Damit liegt auch Berlin falsch, wenn schulterklopfend behauptet wird, dass Südeuropa dank Eurorettungspolitik und dem Grundsatz – Geld gegen Reformen – aus der Krise kommt. Der Anreiz, aus eigenem Antrieb die Ausgaben zurückzufahren und die Staatsfinanzen zu ordnen, wurde für die Südstaaten durch die Eurorettungspolitik systematisch unterhöhlt. Sich auf eine Sozialisierung der Staatsschulden verlassend, setzte Südeuropa auf eine Steigerung der Staatsausgaben und Staatsdefizite. Die Krise verlän-

gerte sich unnötig. Gleichzeitig wurden geld- und finanzpolitische Kosten und Risiken aufgebaut, unter denen vor allem die Menschen in Ländern wie Deutschland leiden. „Unterstützung gegen Reformen und Austerität“ erscheint daher eher als eine Lose-lose-Strategie. Retter als auch Gerettete verlieren. ♦

Der Autor des vorstehenden Essays, Prof. Philipp Bagus, hat in seinem Buch Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst bereits in dessen Erscheinungsjahr 2011 die möglichen Szenarien der Selbstzerstörung genannt. Dieses Standardwerk zur Eurokrise ist frisch wie am ersten Tag und im FinanzBuch Verlag, München, erschienen. 205 Seiten, gebunden 17,99 Euro, Kindle Edition 13,99 Euro.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Im Labyrinth der Eurorettung

ßenverlängerung und Abgrundverschiebung unterbunden. Die Entscheidung über Griechenland liegt in der Hand einer Institution, die dafür kein Mandat hat.

Die EZB wurde nicht konzipiert, verteilungspolitische Auseinandersetzungen unter den Mitgliedsstaaten der Eurozone zu schlichten, zwischen den Mitgliedsstaaten Finanzmittel umzuverteilen oder über die Durchsetzung von wirtschaftspolitischen Sanierungs-

programmen – oder gar über die politische Gestaltung der Zukunft Europas – mitzuentcheiden. Dass die EZB in ihre Schranken gewiesen wird, ist trotzdem unwahrscheinlich. Im Gegenteil: Am 16. Juni 2015 hat der Europäische Gerichtshof in seinem Outright-Monetary-Transactions-Urteil ihr die freie Hand für Maßnahmen eingeräumt, die in ihren Wirkungen weit über die engen geldpolitischen Zielkoordinaten hinausreichen.

Die Griechen möchten schon lange in einem anderen Film mitspielen. Sie leben in einem problembeladenen Land. Da wünscht man sich funktionierende Institutionen, gesicherte Eigentumsrechte, offenere Märkte mit weniger Korruption, ein ehrlicheres, effizienteres und gerechteres Steuersystem und ein Ende der Unsicherheit. Die anhaltenden Probleme lähmen wirtschaftliche Initiative wie eine Decke aus Blei, sie fördern Kapitalflucht und machen Griechenland für ausländische Investoren völlig unattraktiv. Die neue Regierung hingegen versucht weiterhin damit zu punkten, dem Ausland Finanzspritzen abzapfen und einen Prozess der strukturellen Erneuerung abzulehnen, weil er als ein Diktat durch die EU erscheint.

Aber auch die des Griechenland-Dramas müden Europäer wünschen sich, dass endlich ein anderer Film gespielt wird. Sie haben verstanden: Die staatlichen Kredite, die nach Griechenland geflossen sind, sind größtenteils verloren. Sie möchten wenigstens den weiteren Transferstrom stoppen. Viele sehen auch ein, dass es zwecklos ist, gute Institutionen, finanzpolitische Solidität und ein vorteilhaftes wirtschaftliches Umfeld einem Land von außen aufzwingen zu wollen.

Griechenland muss seine institutionelle Erneuerung selbst wollen. Dazu kann es nur kommen, wenn das Land für sein wirtschaftspolitisches Schicksal wieder selbst verantwortlich wird und die Bevölkerung die Politiker ihres Landes an ihren eigenen wirtschaftspolitischen Reformerfolgen misst – und nicht daran, wie wortgewaltig und vermeintlich witzig sie der EU die Stirn bieten. Das griechischen Drama in Endlosschleife ist niemandem zumutbar. ♦

Eine Liste der zahlreichen Buchveröffentlichungen und wissenschaftlichen Aufsätze unseres Autors Prof. Kai Konrad listet das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen hier: tax.mpg.de/de/finanzwissenschaft/mitarbeiter/prof_dr_kai_a_konrad



Hand aufs Herz: Alexis Tsipras, griechischer Ministerpräsident, setzt sich im Parlament in Szene. Er ist weder sprunghaft noch unberechenbar. Den Eindruck haben nur die Zuschauer, zu denen er die Europäer gemacht hat. Er ist ein gewiefter Darsteller, der weiß, was er will: Ein Nein zu einer Alimentierung Griechenlands durch die anderen Euroländer – wenn sie mit Auflagen zu mehr staatlicher Sparsamkeit einhergehen soll. FOTO: IMAGOXINHUA

Vermögen checken – Rendite sichern!

Mit dem wissenschaftlichen Anlagekonzept der quirin bank

Lassen Sie jetzt kostenlos Ihr Vermögen durch unsere Experten analysieren.

Dazu Daten einfach online unter www.quirinbank.de/vermoegens-check eingeben.

Oder Erfassungsbogen unter berater-berlin@quirinbank.de anfordern.

Oder rufen Sie uns an unter 030 890 21-433.



quirin bank
Die Honorarberater

Berlin wird kein „Silicon Valley“ sein, aber in Zukunft sehr digital

Die Idee einer Imitation ist zum Scheitern verurteilt ist. Spontane Ordnungen lassen sich nicht verpflanzen, schon gar nicht von Staats wegen. Eigene Wege sind zu finden | Von Antony Mueller

Mit Neid blickt die Welt der Technologie auf das kalifornische Silicon Valley. In vielen Ländern fragt man sich: So smart wie die Amerikaner sind wir allemal, warum kein Silicon Valley bei uns? Warum bei uns kein Zentrum für Hochtechnologie, das solche Unternehmen wie Google hervorbringt? Solche oder ähnliche Gedanken bewegen nicht nur Inder oder Franzosen, sondern auch manche Deutsche, und die Berliner insbesondere, denn in ihrer Stadt soll ein deutsches Silicon Valley entstehen. Berlin soll Tech-Hauptstadt werden, ein Paradies für so genannte „Startups“ – neue Unternehmen, die von der deutschen Hauptstadt aus dann die Welt erobern.

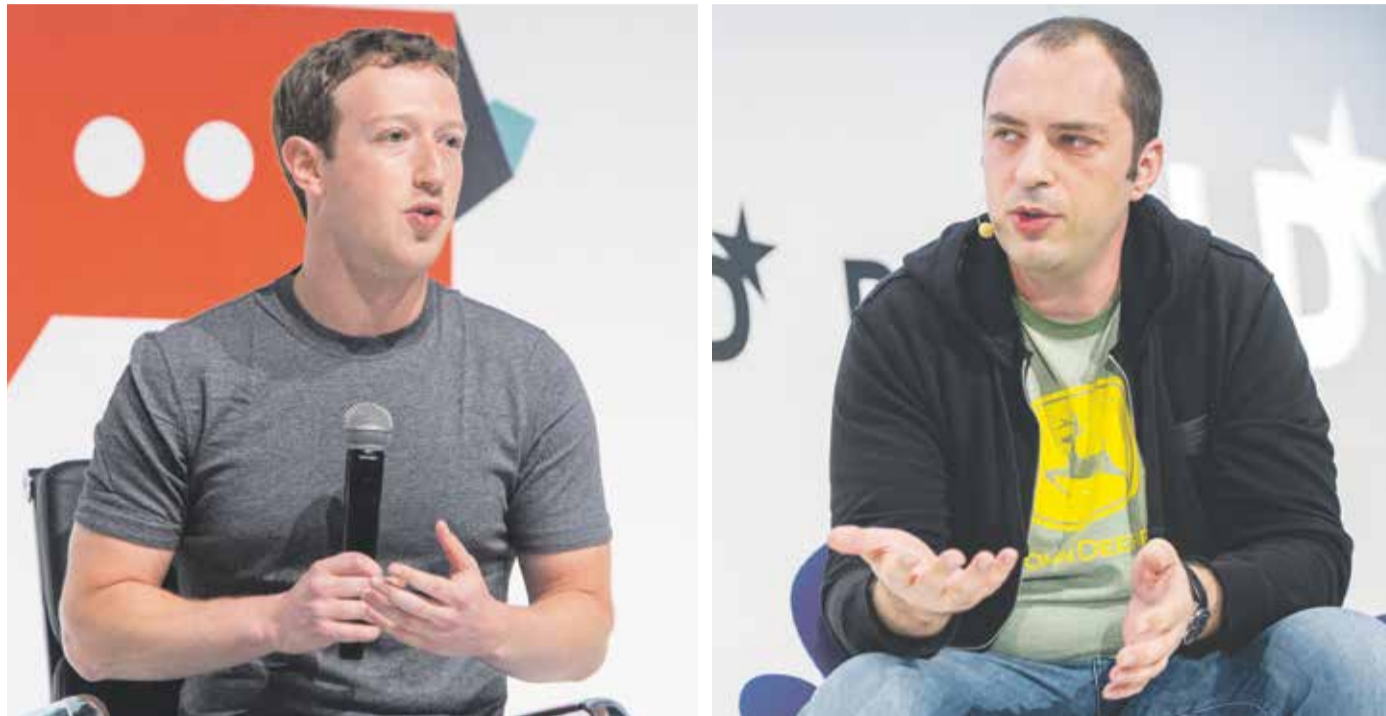
Kaum wurde der Gedanke gefasst, ertönte auch schon der Ruf nach der staatlichen Förderung. Um Berlin zur Tech-Hauptstadt zu machen, werden als erstes Subventionen eingefordert. Die Regierung soll bitte schnellstmöglich ein Förderprogramm entwickeln – als ob es nicht schon genug staatliche Förderprogramme in Deutschland gebe. Dabei verdrängt man, dass mit dem Ruf nach dem Staat das Gegenteil von dem gefordert wird, was das Silicon Valley in den USA ausmacht. Nicht dass die amerikanische Regierung am Erfolg des Silicon Valley unbeteiligt wäre. Im Gegenteil. Aber der Beitrag des amerikanischen Staates besteht eben nicht in direkten Subventionen, sondern geschieht auf andere Weise.

Berlin soll ein „Cluster“ für die Hochtechnologie werden, so wie man schon seit Jahrzehnten ein zweites Hollywood für Berlin fordert und fördert. Eine konzentrierte Ansammlung von neuen Unternehmen aus der Hochtechnologie muss nun auch her. An Ideen soll es nicht fehlen und an Geld schon gar nicht, so die Überzeugung der Industriepolitiker. Also bitte einen staatlichen Fonds ins Leben rufen, viel Geld zur Verfügung stellen, Expertisen vorbereiten, um die für würdig befundenen Unternehmen zu finden, und los geht es. Schließlich hat Berlin anscheinend alles, was es braucht, um zum führenden Standort der Hochtechnologie in

Das Silicon Valley war nie ein Projekt, sondern ist das, was Friedrich Hayek eine „spontane Ordnung“ nannte.

Europa zu werden und um mit dem Silicon Valley gleichzuziehen.

Die Planer des Berliner Silicon Valley verweisen auf die Präsenz hochrangiger Universitäten in der deutschen Hauptstadt. Was für das Silicon Valley die Universitäten Stanford, Berkeley und die Technische Universität Caltech sind, wären für Berlin die Humboldt-Universität, die Freie Universität, die Technische Universität und andere mehr. Auch wird argumentiert, dass die Lebensqualität, die Berlin und



Silicon Valley: Lässt sich nicht kopieren. Einmalig und nicht wiederholbar ist zum Beispiel die WhatsApp-Story. 2009 in Santa Clara von Jan Koum (rechts) und Brian Acton als Startup ins Leben gerufen, ist WhatsApp eine Applikation für Mobiltelefone zum Austausch von Textnachrichten, Bild-, Video- und Ton-Dateien, die der herkömmlichen SMS den Garaus gemacht hat. 2014 kauft Mark Zuckerberg (links) für 19 Milliarden US-Dollar die WhatsApp Inc. für Facebook und macht die Gründer zu Milliardären.



Berlin: Muss eigene Wege finden. Zum Beispiel durch Ermunterung zum Unternehmertum, wie es die Technische Universität (TU) mit ihrem StartUp Incubator betreibt. Daraus gehen Unternehmen wie Cringle hervor. Das Startup hat 2015 eine App zur Überweisung von Handy zu Handy zur Marktreife gebracht, die es jetzt im App Store und als Android App gibt. Im Bild v.l.n.r. Konrad Maruszewski (Dipl. Informatiker), Malte Klusmann (B.Sc. Betriebswirtschaftslehre), Frane Bandov (Dipl. Informatiker), Joschka Friedtag (Dipl. Wirtschaftsingenieur).

Umgebung zu bieten haben, durchaus mit Nordkalifornien mithalten kann. Zudem: Das was für das Silicon Valley in Bezug auf besonders motivierte und talentierte Arbeitskräfte Asien ist, das kann für Berlin Osteuropa sein.

Was die Industriepolitiker seit jeher jedoch ignorieren, ist die Tatsache, dass Silicon Valley keine Organisation ist und nie ein Projekt war, sondern das ist, was der Ökonom und Nobelpreisträger Friedrich Hayek eine „spontane Ordnung“ nannte. Spontane Ordnungen verdanken ihr Entstehen nicht einem zentralen Willen. Sie sind nicht als Organisation strukturiert, und sie gehorchen weder Anordnungen noch Befehlen, sondern leben gemäß ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit und entstehen und entwickeln sich spontan.

Das Regelwerk einer spontanen Ordnung ist nicht explizit und kann demnach weder gelehrt noch imitiert werden. Um die Regeln kennen und befolgen zu lernen, muss man sie praktizieren. Wie das geht, kann man nicht außerhalb, sondern nur innerhalb der spontanen Ordnung selbst erfahren. Man muss dabei sein, um mitreden zu können. Spontane Ordnungen lassen sich nicht verpflanzen und nicht imitieren.

Die bedeutende Konsequenz, dass das Silicon Valley eine spontane Ordnung repräsentiert, ist der Umstand, dass die qualifizierten Leute zum Silicon Valley kommen und nicht das Silicon Valley auf Wanderschaft geht. In der Entwicklungspolitik wurde diese Einsicht in die Unmöglichkeit der Imitation mit höchsten Kosten bezahlt. In der Industriepolitik ist es nicht anders, doch stellt man sich hier noch sturer als in der Entwicklungspolitik.

Außerlich betrachtet ist das Silicon Valley eine Anhäufung von

Unternehmen der Hochtechnologie, ein so genanntes „Cluster“, wie es die Industriepolitiker zu nennen pflegen. Das Silicon Valley ist zwar das bedeutendste und innovativste Technologiezentrum in den Vereinigten Staaten, aber bei weitem nicht das einzige. Daneben gibt es eine ganze Reihe anderer Technologiezentren in anderen Regionen der Vereinigten Staaten, mit jeweils eigenen Charakteristiken. Schon einige der ganz zentralen Zusammenhänge, die im Silicon Valley anzutreffen sind, lassen sich nicht kopieren. Dazu zählen in erster Linie das Finanzierungsmodell und die Umwälzung des hergebrachten Arbeitsmarktes.

Das Silicon Valley zeigt eine fast vollständige Auflösung der althergebrachten Typologien von Arbeiter, Angestelltem und Boss, von Kapitalist und Unternehmer, von Erfinder und Forscher, von Arbeitszeit und Freizeit, von Finanzier, Geldgeber und Anteilseigner. Wie könnte man so einen Lebens- und Arbeitsstil, wie er sich im Silicon Valley über die Zeit herausgebildet hat, in Deutschland verwirklichen? Darf man das überhaupt, würden hier doch viele entsetzt rufen.

Wer bestimmt im Silicon Valley, wer Geld zum Experimentieren bekommt und wer nicht? Es ist fast nie eine Geschäftsbank, die hier Kredit vergibt. Die Finanzierung von Neuprojekten erfolgt mit Wagniskapital. Die Startups nehmen nicht Kredite auf, sondern suchen Beteiligungen. Wenn das Projekt schieft, sind es nicht die jungen Unternehmer, die mit Schulden dastehen, sondern das Projekt wird von den Beteiligungsträgern abgeschrieben. Diese gehen von Anfang an davon aus, dass von der Vielzahl von Projekten, an denen sie sich beteiligen, letztlich

nur ein Bruchteil in die Gewinnzone kommt. Die wenigen Gewinner müssen so erfolgreich sein, dass sie den Rest mitfinanzieren.

Kann die Berliner Tech-Szene jährlich eine genügend hohe Zahl von vielversprechenden Projekten bieten, von denen ein paar dann von den Wagnisfonds ausgewählt werden mit dem Wissen, dass selbst von diesen ausgewählten Projekten die meisten fehlschlagen? Um mit dem Silicon Valley mithalten zu können, bräuchte man pro Jahr mehrere tausend vielversprechende Projekte. Von denen würden dann die



Prof. Dr. Antony Mueller lehrt Volkswirtschaft an der brasilianischen Bundesuniversität Universidade Federal de Sergipe (UFS) und ist neben seiner akademischen Tätigkeit international an den Wertpapierbörsen aktiv. Er ist Mitglied der Ludwig von Mises Institute USA und Brasiliens sowie Gründer und Präsident von The Continental Economics Institute. Für den HAUPTSTADTBRIEF beleuchtet er die Perspektiven der Berliner Startup-Szene, die gern mit dem Silicon Valley verglichen wird.

Geldgeber etwa ein Zehntel zur Finanzierung auswählen und davon ausgehen, dass von diesen ausgewählten wiederum nicht viel mehr als etwa ein Dutzend Unternehmen den Hauptteil der Gewinne erbringen müssten.

Es geht ja darum, aussichtsreiche Projekte zu finden, über deren Erfolgsaussichten kein Konsens besteht. Falls Konsens besteht, würde bestenfalls eine durchschnittliche Rendite winken. Wenn Konsens besteht, kann man die alten Wege beschreiten. Dann stehen von selbst genügend Geldgeber, einschließlich Banken, zur Verfügung. Es ist aber genau der Punkt, dass das

große Geschäft, das zu Unternehmen wie zum Beispiel Google führt, auf fehlendem Konsens beruht. Was zählt, ist die Finanzierung von Projekten, bei denen kein Konsens besteht und die dann trotzdem Erfolg haben. Diese Herausforderung kann nicht von herkömmlichen Banken gemeistert werden und schon gar nicht von Beamten in Regierungsstellen.

Der Ansatzpunkt der Wagnisfinanzierung schaut ganz anders als die herkömmliche Bankenfinanzierung oder staatliche Förderung aus. Beide sind konsensorientiert. Man versucht, solche Projekte zu vermeiden, die nicht konsensfähig sind. Bei der Wagnisfinanzierung ist es ganz anders. Hier vermeidet man die konsensfähigen Projekte, die ja eh nur durchschnittliche Rendite einbrächten, und konzentriert sich auf die nicht konsensfähigen. Hier müssen dann einige wenige so gewinnbringend sein, dass sie die Verluste der nicht erfolgreichen Projekte ausgleichen können.

Gewinnmatrix der Wagniskapitalfinanzierung

Der Fokus der Wagnisfinanzierung ist nicht Zelle C, wie bei der herkömmlichen Projektfinanzierung, sondern Zelle D mit der bewussten Inkaufnahme von B.

	Konsens	Kein Konsens
Fehlschlag	(A) -	(B) -
Erfolg	(C) 0	(D) +

- Verlust
0 keine überdurchschnittliche Rendite
+ überdurchschnittlicher Rendite

Wie sieht es nun in Deutschland mit den Möglichkeiten aus, dass Startups mit nicht konsensfähigen Ideen zur Finanzierung ihrer Pläne kommen können? Welche Möglichkeiten bestehen hierzulande für Börsengänge, bei denen die Unternehmensgründer zusammen mit ihren Beteiligungsträgern genügend Geld einsammeln, um nicht nur die Expansion des erfolgreichen Unternehmens voranzutreiben, sondern auch die Verluste der nicht erfolgreichen Projekte zu kompensieren? In Deutschland gilt ja vielfach schon ein Aktienfonds als spekulativ.

Welches Finanzinstitut könnte es tolerieren, hunderte von Projekten zu finanzieren, von denen weniger als fünf Prozent jemals Gewinn einbringen? Wie würde sich eine staatliche Förderstelle rechtfertigen, wenn fast alle ihre Projekte den Bach runtergehen, aber bei den Gründern, die funktionieren, die Geschäftsgründer Milliardäre werden?

In Deutschland gibt es keine Kultur, die dem Silicon Valley gleichkäme. Schließlich ist dieses auch in den USA einzigartig. Was den Erfolg ausmacht, lässt sich nicht definieren. Aber schon ein paar Hinweise auf die speziellen Umstände genügen, um das Einmalige zu kennzeichnen.

Kalifornien ist einer der jüngsten Staaten der USA. Das Gebiet wurde 1848 von Mexiko übernommen und „California“ wurde 1850 ein Staat innerhalb der Vereinigten Staaten. Lange Zeit blieb die Entwicklung zurück und die Wirtschaft wurde hauptsächlich durch die Agrikultur geprägt. Richtig los mit Kalifornien ging es erst im 20. Jahrhundert, und der Startschuss für die Technologie kam mit dem Zweiten Weltkrieg. Die USA wendeten sich dem Pazifik zu. Seit dem Pazifikkrieg fließen massiv Gelder aus dem Verteidigungshaushalt nach Kalifornien. Heutzutage befindet sich ein erheblicher Teil der amerikanischen Verteidigungsindustrie in Kalifornien und garantiert so nicht nur immer wieder Impulse für die Hochtechnologie, sondern vor allem auch einen sehr beständigen Zufluss von Geldern.

Während der Beitrag der Verteidigungsindustrie für den spezifischen Erfolg des Silicon Valleys unbestritten ist, kommt noch der eher zufallsbedingte Beitrag Einzelner dazu. Hier wäre an erster Stelle die Rolle von William Shockley zu nennen. William Shockley ist der Erfinder des Transistors. Er arbeitete an der amerikanischen Ostküste, wo er eine Forschungsgruppe bei den Bell-Laboratorien leitete. Shockley zog nach Kalifornien aus dem sehr persönlichen Grund, dass er in der Nähe seiner kranken Mutter wohnen wollte. Mit ihm kam ein Teil seines Teams nach Kalifornien, wo Shockley nun begann, seine Erfindungen zu kommerzialisieren. Rückblickend sagen die Kenner der Szene, dass der Startschuss für das Silicon Valley kam, als William Shockley im Jahre 1956 von New Jersey ins kalifornische Mountain View zog, um dort „Shockley Semiconductor Laboratory“ als Teil der Beckman Instruments (heute Beckman Coulter) zu gründen.

Um das Bild komplett zu machen, ist zudem der Beitrag der Stanford University zu nennen. Diese Hochschule begann als Gründung durch den Unternehmer Leland Stanford und durchlief zu Beginn eine durchaus wechselvolle Geschichte. Erst in den 1960er-Jahren kam es zum Durchbruch und zum Aufstieg in die Elite der US-amerikanischen Universitäten. Heute nimmt die Stanford University in den einschlägigen Ranglisten Spitzenplätze ein. Was diese Universität auszeichnet, ist ihre enge Verbindung zum Unternehmertum, etwas das für deutsche Universitäten immer noch und wohl noch für lange Zeit schwierig ist.

Professoren in Stanford sind nicht nur Lehrer und Forscher, sondern vielfach selbst Unternehmer. Shockley zum Beispiel lehrte neben seiner unternehmerischen Tätigkeit auch

Es geht bei Wagniskapital darum, Projekte zu finden, über deren Erfolgsaussichten kein Konsens besteht.

an der Stanford University. Die Rolle, die Universitätsprofessoren als Unternehmer und umgekehrt Unternehmer als Professoren spielen, wird von der Stanford University nicht nur toleriert, sondern intensiv gefördert. Wo gibt es etwas Ähnliches in Berlin oder überhaupt irgendwo in Deutschland?

Das alles soll nicht heißen, dass es in Deutschland oder in Berlin keine Chance für ein Zentrum der Hochtechnologie gäbe. Es wird aber nie und nimmer ein „Silicon Valley“ sein. Schon die Idee einer Imitation zeigt, dass sie zum Scheitern verurteilt ist. Gerade wenn erwartet werden soll, dass das Projekt gelingt, muss es einzigartig sein und nicht eine Nachahmung. Die Rolle des Staates, der Finanzierung, der Universität müssen im Einklang mit den eigenen Besonderheiten stehen. Wenn dann noch ein paar Besonderheiten hinzukämen, könnte es zum Startschuss kommen. Bis dahin würde die Politik schon genug tun, wenn sie Interventionen unterlässt.

Einen besseren Beitrag, als Industriepolitik zu betreiben, kann die Politik leisten, wenn sie aktiv versuchen würde, Hemmnisse abzubauen. Diese Aufgabe ist jedoch ungleich schwieriger und unangenehmer, als Milliarden so generös wie nutzlos zu verpulvern. ♦

Die Website *The Global Economy des Continental Economics Institute* unseres Autors Prof. Antony Mueller bietet Wirtschaftsanalysen zum Lesen und Anhören auf Englisch, Portugiesisch und Deutsch unter www.continentaleconomics.com

IMPRESSUM

Die Hintergrund-Seiten in der Berliner Morgenpost entstehen in Zusammenarbeit mit DER HAUPTSTADTBRIEF – Informations- und Hintergrund-Dienst aus Berlin.

Ausgabe vom 3. Juli 2015

Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH Tempelhofer Ufer 23–24, 10963 Berlin Tel. 030 / 21 50 54 00, Fax 030 / 21 50 54 47 info@derhauptstadtbrief.de

Herausgeber: Detlef Prinz
Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Layout: Mike Zastrow, Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling
Anschreiben für alle siehe Verlag

Anzeigen: Jan Schiller (Leiter Vermarktung)
Berliner Morgenpost GmbH
Kurfürstendamm 21–22, 10874 Berlin
Tel. 030 / 259 17 37 04
jan.schiller@morgenpost.de

Druck: Axel Springer SE,
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG
Brunsbütteler Damm 156–172, 13581 Berlin

Diese Ausgabe finden Sie auch online unter www.derhauptstadtbrief.de

© DER HAUPTSTADTBRIEF 2015

BER wird fliegen, aber nicht 2017

Die für Ende 2017 in Aussicht gestellte Eröffnung des Flughafens ist eine Erlösungsverheißung, die vor unser aller Augen wie eine Seifenblase zerplatzen wird | Von Bernd Wonneberger



Still ruht der BER. Ein Ende des Debakels ist nicht in Sicht – es wird nur in eine andere Phase eintreten. Nicht zuletzt die Lärmschutzproblematik wird auf Jahre noch die Gerichte beschäftigen. Niemand wird den Hauptstadtflughafen zum anvisierten Zeitpunkt unter Volllast an den Start schicken können.

Matt leuchtet im Sommer 2015 ein Licht am Ende des Tunnels: Der Eröffnungstermin für den Hauptstadtflughafen ist beschlossen und verkündet. Im dritten Quartal 2017 soll das BER-Chaos der Vergangenheit angehören. Bei der durch zurückliegende Versprechen und Enttäuschungen zermürbten und mittlerweile notgedrungen an die Nicht-Existenz eines hauptstadtmäßigen Airports gewöhnten Öffentlichkeit keimt Hoffnung auf. Doch ein gehöriger Rest Skepsis bleibt – und das nicht ohne Grund. Denn die alten Probleme sind auch die neuen. Sie heißen Technik, Unternehmensführung, Schallschutz.

Sorgenkind Nummer 1 im Bereich Technik war die Entrauchungsanlage. Die Firma Siemens soll es nun richten. Und tatsächlich: Die vollständigen Planungsunterlagen für eine Ausführungsplanung für den Umbau der Entrauchungsanlage lagen nach 9 Monaten (statt der veranschlagten 3 bis 4 Monate) vor. Doch: Das Absaugen der Rauchluft und die Zufuhr von Frischluft im Brandfall in der nun dreigeteilten Anlage mittels einer Siemens-Turbine könnten auf dem Dach des Terminals bei Volllast zu erheblichen Verwirbelungen führen, trotz

Ein gehöriger Rest Skepsis bleibt – und das nicht ohne Grund. Denn die alten Probleme sind auch die neuen.

meterhoher aerodynamisch günstiger „Schorensteine“ und einer jetzt wohl 108 Klappen umfassenden Anlage.

Auch war nichts davon zu hören – beispielsweise von der TU Berlin, die über Fachleute hierfür und einen geeigneten Strömungskanal verfügt –, dass hierzu umfangreiche Tests im Modellversuch gelaufen wären beziehungsweise laufen. Eine neu konzipierte Anlage aber müsste vor der Realisierung als Modell getestet werden – besonders nach den bisher am BER gemachten Erfahrungen. Die Notwendigkeit umfassender Prüfungen kann nicht hoch genug bewertet werden, wie der Fall des Flughafens Heathrow beweist, wo bei der Eröffnung das ganze System für mehrere Tage zusammenbrach.

Sorgenkind Nummer 2 im Bereich Unternehmensführung war der Umstand, dass die Flughafen Berlin Brandenburg (FBB) GmbH erhebliche Defizite aufweist – auf einem Feld also, das für weltweit konkurrenzfähige Flughäfen eminent wichtig ist. Die Mängelliste bei der FBB GmbH in Stichworten: Ständiger Wechsel des technischen Führungspersonals; kein

Generalunternehmer seit 2012; fatale Vernachlässigung der im Handling von Flughäfen immer brisanter werdenden betriebswirtschaftlichen Kompetenz; (bewusst undurchschaubar gehaltene) Finanzierungsprobleme (u. a. die Vermischung von Kosten/Aufwendungen bis zur Fertigstellung und der weiteren Kosten/Aufwendungen für die unumgänglichen Erweiterungen). Jeder Versuch der Quantifizierung der Finanzierungsprobleme ist irritierend erschwert durch die Verwendung wahlweise der Begriffe Kosten, dann wieder Aufwendungen, ein andermal Ausgaben oder Auszah-

Prof. Dr. Bernd Wonneberger ist Emeritus der Technischen Fachhochschule (TFH) Wildau für BWL und Internationales Marketing. 1997 erstellte er das betriebswirtschaftliche Gutachten für einen Alternativstandort zu Schönefeld im Norden Berlins. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum der derzeit geplante Eröffnungstermin für den BER im zweiten Halbjahr 2017 eine trügerische Hoffnung ist.

lungen. Auch der Bund der Steuerzahler wies bereits mehrfach auf die betriebswirtschaftliche Begriffsverwirrung hin, die es zumindest von außen nahezu unmöglich macht, Einblick in die tatsächliche Finanzlage zu erhalten.

Wie kann der neue Chef Karsten Mühlenfeld da den Laden zusammenhalten, dafür sorgen, dass der Eröffnungstermin eingehalten wird – und zugleich über die Fertigstellung von BER hinaus für die Zukunft planen, etwa was zentrale Fragen der Finanzierung, der Kostenrechnung, der Positionierung von BER im internationalen Wettbewerb angeht? Gar nicht zu reden von Luftverkehrslogistik und Organisationsentwicklung – kurz die Umsetzung erfolgsorientierter strategischer Unternehmensführung für einen internationalen Flughafen. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

Auch die drei Zuständigkeitsebenen, in denen sich der Flughafenchef zu bewegen hat, also Eigentümergemeinschaft, Aufsichtsrat und Führungspersonal der FBB GmbH, erschweren in erheblicher Weise die Koordination – und es sieht nicht so aus, als ob diese Gremien in der Vergangenheit seinen Vorgängern die Arbeit leicht gemacht hätten. Die Eigentümergemeinschaft hat es bisher weitgehend vermieden, wirtschaftlichen Fragen die ihnen zukommende Bedeutung beizumessen. Statt einer Dreieinigkeit der Gesellschafter konnte man eine Zweckgemeinschaft mit zum Teil divergierenden Zielvorstellungen beobachten.

Während der Bund mit BER einen Teil seines Luftverkehrskonzeptes realisieren will und der Staatssekre-

tär im Verkehrsministerium kurz entschlossen in Brüssel die Genehmigung einer Erhöhung des Förderrahmens auf nunmehr wohl 2,3 Milliarden Euro beantragt hat (deutlich mehr, als die beiden Bundesländer es vorhatten), scheinen Berlin und Brandenburg den Airport nicht in erster Linie als unternehmerisches, sondern vor allem als politisches Projekt zu begreifen. Resultat war und ist ein stark politisierter Aufsichtsrat, der sich bislang nicht als Kompetenzzentrum des BER hervorgetan und die Frage nach der Wirtschaftlichkeit des Hauptstadtflughafens eher ausgeklammert hat.

Nicht umsonst empfahl der Landesrechnungshof Brandenburg dringend, auf die Entsendung von Ministern in den Aufsichtsrat zu verzichten. Und noch im Juni 2015 plädierte die Vereinigung von Aufsichtsräten in Deutschland nicht nur für eine deutliche Verkleinerung des Aufsichtsrates, sondern formulierte zugleich wünschenswerte Qualifikationen für den Aufsichtsratsvorsitzenden der FBB GmbH. In der Tat: Es muss mehr Wirtschaftskompetenz in den Aufsichtsrat nach dem Motto „Lasst die Profis an die Startbahn!“. Der vom ausufernden Finanzbedarf für BER geplagte Steuerzahler würde es dankbar zur Kenntnis nehmen. In diesem Zusammenhang scheint es ratsam, die erst neuerdings offiziell in Erwägung gezogene Möglichkeit einer (Teil-)Privatisierung der FBB GmbH tatsächlich anzustreben, ebenso wie die Umsetzung eines dezentralen Hauptstadtflughafen-Konzeptes.

Berlin und Brandenburg begreifen BER noch immer nicht als unternehmerisches, sondern vor allem als politisches Projekt.

Sorgenkind Nummer 3 im Bereich Fluglärm hat das größte Potenzial für zeitliche Verzögerungen. Die Bürgerproteste gegen den zu erwartenden Lärm und den Ausbau der dritten Start- und Landebahn sind zahlreich, mit steigender Tendenz. Dieser Problematik wird beim BER nicht der nötige Stellenwert zugemessen. Wer meint, dass 730 Millionen Euro für passive Schallschutzmaßnahmen das Problem auch nur annähernd regeln könnten, sei an die Erfahrungen anderer Flughafenprojekte erinnert: Insgesamt 9 Jahre wird das dritte Terminal des Frankfurter Flughafens (Abschlussplanung, zwei Gutachten, Obergutachten, Baubeginn und 7 Jahre Bauzeit mit Abnahme) wohl dauern, und am Flughafen München sind bis heute ebenfalls 9 Jahre für die Errichtung

einer dritten Start- und Landebahn vergangen (derzeit ruhen die Arbeiten wieder). Wie dort sind auch in und um Berlin nach wie vor sensibilisierte und organisierte Bürger bereit, langfristig für ihre Interessen zu streiten. Mit anderen Worten: Bereits allein die Lärmproblematik wird dazu beitragen, die Eröffnung von BER längere Zeit über den nunmehr geplanten Termin 2017 hinauszuschieben.

Die erwähnten Probleme und Sachverhalte beinhalten zwei Risikopakete:

hinsichtlich der Einhaltung des verkündeten Eröffnungstermins von BER im zweiten Halbjahr 2017 und bezüglich der aktuell geschätzten Gesamtkosten von alsbald 8 Milliarden Euro (einschließlich Kapazitätserweiterung). Wenn man von der Ankündigung der BER-Seite ausgeht, man werde den Hauptstadtflughafen zum anvisierten Zeitpunkt unter Volllast an den Start schicken können, erscheint der Termin 2017 als eine Erlösungsverheißung, die vor unser aller Augen zerplatzen wird

wie eine Seifenblase. Ein Ende des BER-Debakels ist nicht in Sicht – es wird nur in eine andere Phase eintreten. Insbesondere die Lärmschutzproblematik wird nicht nur die FBB GmbH, Anwohner, Bürger und Medien weiter beschäftigen, sondern auf Jahre auch Anwälte und Gerichte.

Umfangreiche Informationen zum erwarteten Fluglärm durch den Hauptstadtflughafen BER und die Bürgerproteste dagegen liefert die Infoplattform Fluglärm BER (BBI) hier: fluglaermber.de

EDF ENTWICKELT EIN FLÄCHENDECKENDES LADESTATIONEN-NETZ
Wir bauen ein flächendeckendes Netz von Stromtankstellen auf und entwickeln leistungsfähigere Batterien für eine neue E-Mobilität. Bis 2015 mit 5000 Ladestationen in ganz Frankreich. In Zusammenarbeit mit den Automobilherstellern verhelfen wir der Elektromobilität in der Stadt zum Durchbruch.
pulse.edf.com

Solange das Brandenburger Tor verschlossen war, blieb die deutsche Frage offen. Und Europa gespalten. Heute steht das Tor weit offen und zeigt tagtäglich, dass West-Europa und Ost-Europa wieder zueinanderfinden.

FOTO: FOTOLIA/SERGIY FIGURNYI



Berlin, trotz alle deine Fehler lieb ick dir

Wie es der legendäre Otto Reutter einst im Couplet besang, so geht es einem auch mit der Metropole Berlin von 2015 | Von Stefan Aust

Man weiß es zwar noch – vorstellen aber kann man sich das einstige Berlin kaum mehr, auch wenn hier und da Reste der Mauer zu Erinnerungszwecken stehen geblieben sind. Nur gelegentlich – etwa wenn wieder einmal bei der Bahn gestreikt wird – sehnt man sich auf einmal ins alte West-Berlin zurück und gedenkt wehmütig der kurzen (und preiswerten) Flüge mit Pan Am von Tempelhof aus der ummauerten Stadt heraus – eine zweite Luftbrücke, die Berlin mit dem Rest der Welt verband.

Aber das war einmal. Heute ist Berlin eine andere Art von Stadt: laut und schrill, unfertig, grau und glitzernd und voll von Touristen, Zugereisten und Migranten aus aller Herren Län-

der. Auch aus den neuen und den alten Bundesländern – nicht zuletzt aber aus solchen Gegenden der Welt, die noch ärmer sind als die Hauptstadt und deutlich weniger sexy.

Berlin heute, das ist eine Metropole, fast so groß wie sie früher schon einmal mal war – vor den Kriegen, als die Welt noch in kaiserlicher Ordnung schien und doch brüchig, weil die Herrschenden den Herausforderungen und Krisen der Neuzeit mit den alten Methoden zu begegnen trachteten. Hier an der Spree ließ sich ein unbedarfter Kaiser von seinen Bürokraten und Militärstrategen, unterstützt von den Vettern und Verwandten auf den Thronen der Nachbarländer, zu einem verheerenden Krieg überreden. Hier wurde die Revolution ausgerufen, hier bekämpften sich

Spartakisten und SA-Gruppen, hier feierte Hitler seine Machtergreifung, hier ließ er seine Truppen paradiere, bevor sie über Europa herfielen. Hier regneten Bomben herunter, bis kein Stein mehr auf dem anderen blieb. Hier begann der Kalte Krieg. Und hier endete er auch, als in einer Novembarnacht vor 26 Jahren die Mauer fiel – plötzlich und unerwartet vor allem für jene, die mit Unsummen von Steuergeldern dafür bezahlt werden, kommende politische Entwicklungen im Voraus zu erspähen.

Solange das Brandenburger Tor verschlossen war, von einer meterdicken Mauer in elegantem Bogen westseitig abgeschottet, blieb die deutsche Frage offen. Auf diesen Punkt hatte Richard von Weizsäcker die Geschichte gebracht. Willy Brandt, der als Regie-

render Bürgermeister den Bau der Mauer in ohnmächtiger Wut hatte mitansehen müssen, konnte noch die Hoffnung erleben, dass nun tatsächlich zusammenwachsen würde, was zusammengehört. Und das war nicht nur das geteilte Deutschland. Der Fall der Mauer ließ auch Europa, ließ West-Europa und Ost-Europa wieder zueinanderfinden.

Und Berlin war wieder mittendrin. Ein Zentrum, eine Brücke zwischen Ost und West. Wo eine Frau aus dem Osten zu einer der wichtigsten politischen Figuren des Westens werden konnte, wo europäische Geschichte geschrieben wurde und wird – mit friedlichen Mitteln. Vielleicht lässt sich hier eine Fortsetzung der Balancepolitik Otto von Bismarcks erkennen, der immer wusste, dass Politik nicht nur das Bohren dicker Bretter ist, sondern auch das Balancieren damit. Doch auch das ist nicht frei von Risiken. Balancepolitik kann zur Schaukelpartie werden, kurzfristiges Taktieren langfristige Strategien aushebeln. Wer nicht mehr weiß, wo er steht, kann plötzlich da landen, wo er nicht hinwollte.

Wie unter einem Brennglas ließ sich an der Berliner Mauer der Kalte Krieg verfolgen. Wie unter einem Brennglas zeichnen sich auch heute die Konfliktlinien der Welt im Berliner Regierungsviertel ab. Gutes Beispiel: Untersuchungsausschüsse, allen voran jener Ausschuss, der die Aktivitäten der amerikanischen National Security Agency (NSA) in Deutschland zu beleuchten hat. Große Fragen laufen hier zusammen: Wie weit darf ein Staat sich von seinem großen Bruder USA ausspionieren lassen? Wie eng muss man bei der Bekämpfung von Terroristen, Islamisten, Dschihadisten zusammenarbeiten? Welche Daten gibt man weiter, was bekommt man dafür, was darf man offenlegen und was nicht? Wann ist man noch Verbündeter, wann nur noch Handlanger und wie weit hat man sich inzwischen aus dem Bündnis entfernt? Paris, Brüssel, London, Washington,



Stefan Aust ist Journalist und Herausgeber der Welt und der Welt am Sonntag. Er war Chefredakteur des Spiegels. Im HAUPTSTADTBRIEF würdigt er in essayistischem Rundumschlag den ganz eigenen Charme Berlins, das sich ständig wandelt, um sich irgendwie doch immer treu zu bleiben.

FOTO: PRIVAT

Moskau, Peking, Jerusalem, Erbil und nicht zuletzt Athen: Sie alle schicken ihre Abgesandten nach Berlin und sorgen für Bewegung in der Politik – und Stillstand im Straßenverkehr um das Regierungsviertel.

In kaum einer Hauptstadt der Welt liegen Politik und Öffentlichkeit so nah beieinander, treffen sich Politiker und Lobbyisten, Journalisten und Wirtschaftsmanager, Film- und Fernsehleute und Kunstschaffende auf so engem Raum, Tag für Tag, Abend für Abend. Eine Handvoll Restaurants in Berlins Mitte sind publicitywirk-

same Treffpunkte deutscher und ausländischer Politiker, da sitzen Hollywoodstars und Ministerpräsidenten, deutsche und europäische Parlamentarier, Geheimdienstler und ehemalige US-Präsidenten Tisch an Tisch – zum Erstaunen so mancher ausländischen Beobachter. Die Klassengesellschaft der Politik scheint hier ein Stück weit ausgehebelt. Irgendwie weltoffen und demokratisch, das neue Berlin – und das ist ja auch gut so, für einen Ort mit dieser Geschichte. ♦

Man weiß es noch, kann es sich aber dennoch kaum mehr vorstellen – dass Berlin einst eine geteilte Stadt war und West-Berlin eine ummauerte Insel. Die Frage „Wo verlief die Berliner Mauer?“ beantwortet das Hauptstadtportal berlin.de anhand von Luftaufnahmen mit eingezeichnetem Grenzverlauf: berlin.de/mauer/luftbild

Das Couplet von Otto Reutter, auf das sich unser Autor Stefan Aust in der Überschrift zu seinem Essay bezieht, sowie zahllose weitere Lieder des großen Berliner Entertainers (1870 bis 1931) gibt es zum Anhören hier: otto-reutter.de/index.php/couplets

Blick über die Oberbaumbrücke zum Fernsehturm: Berlin ist wieder mittendrin. Ein Zentrum, eine Brücke zwischen Ost und West.

FOTO: FOTOLIA/FLASHICS



Lindner

DIE FEINE ART,
GENUSS ZU LEBEN.

BEI LINDNER
GENIEßEN,
WAS DIE WELT
MORGEN
BEGEISTERT:
LANDRAHM
MALLORQUIN.





WWW.LINDNER-ESSKULTUR.DE